

Wessen Prioritäten ?

**Ein Handbuch für Kampagnen zu
militärischen und sozialen Ausgaben**

Veröffentlicht vom Internationalen Friedensbüro (International Peace Bureau) 2007
Für eine Welt ohne Krieg

ISBN 92-95006-04-6

International Peace Bureau (IPB)

www.ipb.org

mailbox@ipb.org

41, rue de Zurich

1201 Genf

tel 0041-22-731 64 29

fax 0041-22-738 9419

Autor und Herausgeber : Colin Archer

Übersetzung: Silvi Sterr

Design: Parfab S.A., 44, Rue de Berne, 1201 Genf

Druck : Druckerei Minute

In dieser Ausgabe finden Sie nur Text. Wenn Sie die Illustrationen sehen möchten,
sehen sie sich bitte die englische Originalausgabe an.

Dank an:

Henrietta Wilkins, Mathias Nnane Ekah, Emma Henriksson,
Und alle Gruppen, deren Material im Buch dargestellt wird,
Sowie dem Personal, Vorstand und Mitgliedern des IPB

Das Buch ist Ruth Leger Sivard gewidmet

IPB bedankt sich für die finanzielle Unterstützung durch
Die Agentur für Entwicklungszusammenarbeit Katalunien
Und Rissho Kosei-Kai, Japan

Wessen Prioritäten ?

Ein Handbuch für Kampagnen
zu militärischen und sozialen Ausgaben

Inhalt

- 1 Einführung
- 2 Häufige Fragen
- 3 Hintergrund
- 4 Kampagnen zu Ausgabenprioritäten entwickeln
- 5 Beispiele kreativer Kampagnen
- 6 Ein weltweites Netzwerk aufbauen
- 7 Webseiten
- 8 Publikationen
- 9 Über das Internatioale Friedensbüro
- 10 IPB-Publikationskatalog

1 EINFÜHRUNG

“Krieg ist das Ergebnis von Feigheit; man braucht Tapferkeit, einfachen Antworten vorzuzukommen und friedliche Lösungen zu finden.”- Padmé Amidala¹

Wie kann man auf Regierungen einwirken?

Wie kann man sie davon abhalten, Milliarden von Dollar für Waffen und Krieg auszugeben, während Millionen verhungern und leiden, ohne dass es sein müsste, und der Planet zu heiss wird?

Wie kann man den privaten Sektor – und reiche Finanziers – davon überzeugen, in Produkte zu investieren, die auf menschliche Bedürfnisse und ökologische Nachhaltigkeit antworten, anstatt unsere Sicherheit zu bedrohen, während sie sie zu schützen vorgeben?

Wie kann man unsere Mitbürger und Steuerzahler mobilisieren, die Leute sammeln und einen Unterschied machen?

Das sind einige der fundamentalen Fragen, die so viele Leute auf der Welt heute stellen. Dieses Buch versucht nicht, alle Warums und Wiesos dieser wichtigen Themen zu analysieren. Es versucht zu zeigen, was einige Leute getan haben, und immer noch tun, um den militärischen Wahn unserer Zeit herauszufordern, militärische Ausgaben und Investitionen infragezustellen und Alternativen vorzuschlagen. Zusätzlich bietet es Gedanken und Ressourcen, um denen zu helfen, die entschieden sind, herauszuarbeiten, “was getan werden muss” und wie man es am besten macht.

Bauernhöfe statt Waffen, Bücher statt Bomben...

Wie leicht es ist, einen Slogan zu zitieren. Wieviel schwerer ist es, ihn in die Wirklichkeit umzusetzen. Aber im Wesentlichen **sind** das die fundamentalen Wahlmöglichkeiten. Es ist alles eine Frage der Prioritäten.

Dass sich IPB des Gegenstands der militärischen und sozialen Ausgaben angenommen hat, entwickelte sich aus seinem Engagement mit dem breiteren Thema “Abrüstung und Entwicklung”. Dies ist wiederum ein Ergebnis unserer früheren Arbeit zu Menschlicher Sicherheit (Human Security), siehe www.ipb.org. Wir haben uns mit diesem Thema beschäftigt, weil die Kosten von Investitionen in das militärische System vom Standpunkt der menschlichen Sicherheit aus Ressourcen sind, die dem Kampf um nachhaltige Entwicklung und soziale Gerechtigkeit verlorengehen. Niemand kann den Anstieg der weltweiten jährlichen Militärausgaben auf 1200 Milliarden Dollar (SIPRI, Zahlen von 2006) betrachten, ohne sich vorzustellen, wie dieser grosse Schatz anders genutzt werden könnte: um Leben zu retten, arme Gemeinschaften zu entwickeln, die Umwelt zu

¹ Eine fiktive Kinofigur aus George Lukas’ Science Fiktion Saga *Star Wars*

schützen, erneuerbare Energiequellen voranzubringen und vieles mehr. Es sollte offensichtlich sein, dass diese Frage - wie so viele soziale und ökonomische Probleme – mit einem Komplex damit verbundener Themen verflochten ist: die Wahrnehmung von Bedrohungen, Sicherheitsdoktrinen, geopolitischen Strategien, Interessen, ererbter industrieller Infrastruktur etc. Diese Faktoren müssen einbezogen werden, wenn man eine Wirkung erzielen will. Aber die Ausgabenprioritäten in den Mittelpunkt zu stellen, ermöglicht uns, die politische Aufmerksamkeit und die öffentliche Betroffenheit auf das Thema zu konzentrieren, das die meiste Zeit im Schatten bleibt.

Gegeben den Umfang dieser Herausforderung, hat sich IPB langfristiger Arbeit zu dieser Frage verpflichtet.

ABRÜSTUNG UND ENTWICKLUNG IN DEN VEREINTEN NATIONEN

Die Frage der untereinander in Konkurrenz stehenden Bedürfnisse des militärischen und sozialen Sektors wird nicht nur auf nationaler Ebene diskutiert: In den 80iger Jahren war die Beziehung zwischen Abrüstung und Entwicklung ein zentrales Thema in den Vereinten Nationen. Die UN organisierte 1987 in New York eine gefeierte Konferenz zu diesem Thema². Seither ist das Thema fast vollständig vernachlässigt worden. Vor nicht allzulanger Zeit versuchte der Bericht der Expertengruppe 2004³ an die Vollversammlung der UN das Thema wiederzubeleben. Während er die Frage der Ausgaben nicht vernachlässigte, behandelt er neue Elemente, die in den 80iger Jahren nicht Teil der Debatte waren, die aber jetzt wichtige Fragen für die Zivilgesellschaft in vielen Ländern darstellen – ganz besonders die Diskussion zu Landminen und Kleinwaffen, und diese Themen sind in einem weiteren Kontext mit den Begriffen Sicherheit und Terrorismus verbunden.

Wie wir früher geschrieben haben: *“Die Schlüsselfragen sind, wie ernst der Bericht und der weiterführende Prozess genommen werden, wie erbittert der Widerstand bestimmter Interessengruppen ist, und – wie so oft – wie energisch die Antwort der Zivilgesellschaft ist. IPB stellt fest, dass eine der Empfehlungen im Bericht der UN Experten die ist, dass Gruppen der Zivilgesellschaft sich des Themas annehmen sollten.”*⁴ Es muss gesagt werden, dass bis jetzt die allgemeine Reaktion auf den Expertenbericht nicht überwältigend war. Die Frage ist daher: Was kann sonst noch getan werden, um die Regierungen und Entscheidungsträger zur Tat zu bewegen? Wie kann dieses Thema Sichtbarkeit erlangen?

² A/CONF. 130/39, via : <http://disarmament2.un.org/cab/d&d.html>

³ <http://disarmament.un.org/cab/d&d.html>

⁴ Warfare or Welfare ? IPB, 2005

DIE REICHWEITE DIESES BUCHES

Wessen Prioritäten? Ist der Folgeband zu *Krieg oder Wohlstand? Abrüstung und Entwicklung im 21. Jahrhundert: eine Human Security Perspektive*, ein 100-Seiten-Text der von IPB Ende 2005 veröffentlicht wurde (*Warfare or Welfare?*, erhältlich beim IPB Sekretariat oder via: www.ipb.org). Dies erwähnte Buch kombiniert a) die Tatsachen und die politische Präsentation der Themen, die unter nachhaltige Abrüstung und nachhaltige Entwicklung fallen (inklusive menschlicher Sicherheit, Militärausgaben, die Wirkung von Waffen auf Entwicklung, und Militärbasen) mit b) einem Paralleltext, der kurze Resumés der Arbeit einer Auswahl von IPB-Mitgliedsorganisationen bietet.

Wessen Prioritäten? Erweitert diesen Paralleltext, um eine grössere Reichweite von Gruppen der Zivilgesellschaft zu erfassen. Gleichzeitig ist der thematische Fokus enger gefasst. Wie der Titel vorschlägt, ist das Zentrum der Aktivitäten, die hier in diesem (sehr bescheidenen) Band beschrieben werden, im Wesentlichen die Frage von **Ausgaben und Ressourcen** – öffentlich und privat. IPB's **Programm Abrüstung und Entwicklung**, das das weitere Terrain, das oben beschrieben ist, abdeckt, geht über die Reichweite dieser Zusammenstellung hier, die Beispiele der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen in allen diesen Bereichen darstellt, hinaus.

Es ist die Hoffnung des Autors, dass das hier präsentierte Material – die allgemeinen Kampagnenbeispiele und die Beispiele von Projekten, die rund um die Welt durchgeführt werden – andere inspirieren werden, sich für dieses Thema zu engagieren und ihre eigenen Wege zu finden, um wirksam zu werden.

Colin Archer, IPB Generalsekretär, Genf, Oktober 2007

2 Häufige Fragen

F: “Nachhaltige Abrüstung und Entwicklung” – was heisst das?

A: Es verweist auf die Bemühungen, Ausgaben für das Militär und die negativen Wirkungen von Waffen auf Entwicklungsländer und arme Gemeinwesen zu verringern.

F: Was ist das grösste Tabu im Entwicklungsbereich?

A: Militärausgaben. Jeder ist dafür, dass mehr Geld nachhaltiger Entwicklung gewidmet wird – aber fast niemand redet über die Ressourcen, die in Militärbudgets festgelegt sind.

F: Welches Niveau haben Militärausgaben jetzt erreicht?

A: Die weltweiten jährlichen Ausgaben für Militär haben jetzt **1200 Milliarden Dollar** erreicht, nach SIPRI (Zahlen für 2006).

F: Wie schnell steigen die Militärausgaben?

A: Das stellt einen Anstieg von 3,5% gegenüber 2005 dar, und ist 37% mehr als noch eine Dekade zuvor.

F: Wer gibt am meisten aus?

A: 2006 sind die USA für fast die Hälfte verantwortlich, mit 529 Milliarden, gefolgt von Grossbritannien, Frankreich, Japan und China, jeder mit 4-5% der Gesamtausgaben der Welt.

F: Ist das Niveau der Militärausgaben nach dem Ende des Kalten Krieges nicht zurückgegangen?

A: Sie sind zwischen 1990 und 1997 zurückgegangen, aber dann sind sie von 1998 an wieder gewachsen, und seit dem 11.September 2001 sind sie sprunghaft angestiegen.

F: Was hat der Irak-Krieg bis jetzt gekostet?

A: Das National Priorities Projekt gibt die Zahl von 456 Milliarden Dollar bis Ende September 2007 an – im wesentlichen die “zusätzlichen Bewilligungun” die die Bush-Administration seit 2003 gemacht hat, d.h. zusätzlich zum regulären US-Budget

F: Haben alle Länder und Regionen die gleiche Art von Militärausgaben?

A: Nein, das Niveau von Militärausgaben variiert sehr stark zwischen verschiedenen Ländern und Regionen. In einigen sinkt das Niveau, in anderen sind sie stabil, und in anderen steigen sie an. Aber der allgemeine Trend geht nach oben.

F: Wie können wir das Geld, das fürs Militär ausgegeben wird, auf andere Zwecke umwidmen?

A: Das ist die schwierigste Frage. Auf nationaler Ebene, werden Entscheidungen, die den öffentlichen Haushalt betreffen, von Parlamenten gefällt, mit einem grossen Einfluss der Regierung und der Verwaltung. Auf internationaler oder UN-Ebene gibt es bis jetzt keine Mechanismen, obwohl im Lauf der Jahre viele Vorschläge gemacht worden sind.

F: Was sollte gekürzt werden?

A: Das ist eine Entscheidung für den demokratischen Prozess, aber in der Sicht IPB's sind die vorrangig zu streichenden Dinge Massenvernichtungswaffen, Weltraumwaffen, und Waffen, die vor allem Zivilisten verletzen (Landminen, Streubomben, Uranwaffen ...) und solche konventionellen Waffensysteme, die wenig oder gar keinen Funktion bei "gerechtfertigtem Gebrauch" (Katastropheneinsätze, Friedenserhaltende Missionen etc.) haben. Das könnte Flugzeugträger, Bomber und Militärbasen einschliessen.

F: Sollte das Militär beibehalten werden, um es bei friedenserhaltenden Missionen und Katastrophenhilfe einzusetzen?

A: Siehe "gerechtfertigten Gebrauch" oben.

F: Ist es möglich, einen nationalen oder internationalen Fonds für Entwicklung zu schaffen? Könnte das via UN getan werden oder nicht?

A: Viele Fonds sind geschaffen worden, um Entwicklung zu fördern, der grösste ist die Weltbank. Allerdings ist bis heute kein Fonds speziell dafür geschaffen worden, Geld, das vom Militärsektor kommt, zu verwenden. Aber dementsprechende Vorschläge sind gemacht worden, und es gibt keinen Grund, warum solch ein Fonds (vermutlich unter UN-Aufsicht) nicht geschaffen werden könnte. Was fehlt, ist der politische Wille.

F: Wäre es möglich, den Waffenhandel zu besteuern?

A: Hier gibt es verschiedene Probleme:

- Man könnte argumentieren, dass das den Handel legitimiert. Da er aber bereits jetzt von Regierungen als legitim angesehen wird, wäre das kein wirklicher Gegengrund.
- Ein Teil des Waffenhandels ist illegal, und würde sich einer solchen Steuer entziehen. Es könnte den perversen Effekt haben, dass sich einige Händler ermutigt fühlen würden, den illegalen Weg zu wählen, um Extrakosten durch die Steuer zu vermeiden.

- Nichtsdestotrotz, da der (von Frankreich vorgebrachte) Vorschlag, eine internationale Steuer auf Flugtickets zu erheben, aufgenommen worden ist, gibt es jetzt ein Modell. Hier sollte weiter geforscht werden.

F: Hat die UN nicht all das vor 20 Jahren schon probiert?

A: Ja – siehe besonders die Vorschläge, die im Bericht über die grosse UN Konferenz zu Abrüstung und Entwicklung in New York 1987 gemacht worden sind. Aber es ist jetzt eine andere Zeit, und ein neuer Versuch sollte unternommen werden. Die UN hat das dadurch anerkannt, dass sie 2004 eine **Expertengruppe zu Abrüstung und Entwicklung** eingesetzt hat. Die Herausforderung Abrüstung-Entwicklung bleibt bestehen, besonders da das Niveau der Militärausgaben nun höher ist als je zuvor.

F: Was für eine Wirkung haben Waffen auf arme Gemeinwesen?

A: Waffen haben alle Arten negativer Wirkungen, aber es ist allgemein in sich entwickelnden Gesellschaften und armen Gemeinwesen besonders verheerend. Die Beispiele schliessen ein: Landminen und Streubomben (Land wird unbrauchbar, Bauern werden verletzt), Kleinwaffen (ansteigende Kriminalitätsraten, hohe medizinische Kosten), abgereichertes Uran (radioaktive Verseuchung durch militärische Aktivität), konventionelle Waffen (Vernichtung von Menschen, Häusern, Ernten, Land, Infrastruktur...). Programme für nachhaltige Entwicklung fördern nachhaltige Entwicklung dadurch, dass eine ganze Reihe von Gefahren für lokale Gemeinwesen beseitigt werden und dadurch, dass sie sie fördern, gemeinsam auf solche Herausforderungen zu antworten.

F: Auf welche Anstrengungen der Zivilgesellschaft können wir hinweisen?

A: Zu all diesen oben angeführten Themen gibt es zivilgesellschaftliche Kampagnen und Netzwerke. Siehe die Beispiele Kapitel 5.

F: Was sind die grösseren probleme, die damit verbunden sind?

- **Militärbasen:** Vor allem US-Basen umringen den gesamten Globus und stellen eine ungeheure finanzielle und menschliche Investition dar. Haben sie wirklich irgend jemand sicherer gemacht?
- **Kultur des Militarismus:** Der spezifischen Herausforderung der Militärausgaben liegt ein generelles Problem einer militaristischen Kultur zugrunde, die kriegerische Lösungen unterstützt, selbst bei Problemen (wie den Terroismus), die in dieser Weise nicht gelöst werden können.
- **Gender Strategien und Haltungen:** Ein Schlüsselement in dieser militaristischen Kultur ist das tiefere Problem einer patriarchalen Kultur mit ihren Macho-Haltungen, ihres Fasziniertseins von Waffen und ihrer Präferenz von harten

gegenüber weichen Lösungen. Diese Haltungen sind die Basis für schwerbewaffnetes Militär und Überwachungsstrategien.

- Bedarf an Bildung: Es wird sich nichts ändern ohne ein grösseres öffentliches Bewusstsein von den Themen, die in dieser Kampagne aufgeworfen werden. Bildung spielt eine wichtige Rolle dabei, Bürger darauf vorzubereiten, politische Aktionen zu unternehmen.

F: Wie können wir daraus eine allgemein wichtige Sache machen und auf diese Politik einzuwirken?

A: Wir brauchen eine starke Allianz von Entwicklungsagenturen, Bewegungen für soziale Gerechtigkeit, Friedens- und Abrüstungsgruppen sowie anderer Gruppen. Solche Allianzen müssen zuerst auf nationaler Ebene existieren, da dort die Schlüsselentscheidungen fallen, und dort ist es am leichtesten, Koalitionen zu schaffen.

3 HINTERGRUND: TATSACHEN

In diesem Teil sehen wir uns das Thema vom Tatsachenhintergrund her an..Ohne einen klaren Begriff davon, um was es sich handelt, ist es unmöglich, wirksame Kampagnenarbeit zu leisten. Für eine detailliertere Analyse verweisen wir den Leser auf die Webseiten und Publikationen, die am Ende des Buches aufgelistet sind.

Die Militärausgaben steigen

Man schätzt, dass die gesamten weltweiten Militärausgaben 2006 die Höhe von 1204 Milliarden US Dollar erreicht haben, eine Zahl, die sogar die Spitzenhöhe des Kalten Krieges von 1987-1988 übersteigt. Gemäss SIPRI, repräsentiert das einen Anstieg von 3,5% realiter seit 2005 und von 37% über die 10-Jahres-Periode von 1997 an. Die durchschnittlichen Ausgaben per Kopf sind von 173 Dollar 2005 auf 184 Dollar gestiegen. Diese Ausgaben sind sehr ungleich verteilt, da die 15 Länder mit den höchsten Ausgaben 83% der Weltausgaben ausmachen. Die USA ist für 46% verantwortlich, gefolgt von Grossbritannien, Frankreich, Japan und China mit 4-5%.

Es ist keine Überraschung zu erfahren, dass der rasante Anstieg der US Militärausgaben hauptsächlich auf die fortgesetzten teuren Militäroperationen in Afghanistan und Irak zurückzuführen sind. Der grösste Zuwachs ergibt sich aus den zusätzlichen Bewilligungen zum regulären Budget. Zwischen September 2001 und Juni 2006 bewilligte die US-Regierung 432 Milliarden Dollar in jährlichen und zusätzlichen Zuteilungen für den **“globalen Krieg gegen den Terrorismus”**. Bezeichnenderweise ist diese massive Steigerung – nach SIPRI – “einer der Faktoren gewesen, die zum Niedergang der US-Wirtschaft seit 2001 beigetragen haben”. Zusätzlich zu dieser Auswirkung hoher Militärausgaben gibt es auch indirekte und langfristige Wirkungen. Gemäss dem National Priority Projekt hat **der Irak-Krieg** die US-Regierung bisher, Ende September 2007, 456 Milliarden Dollar gekostet. Allerdings könnten gemäss einer Studie, die die Langzeitgesundheitskosten des Krieges⁵ untersucht, die gesamten vergangenen und zukünftigen Kosten des Krieges in Irak bis zum Jahr 2016 für die USA **2267 Milliarden** Dollar betragen.

Obwohl sich die Militärausgaben in anderen Ländern nicht beschleunigen, steigen sie in den meisten Regionen an. Die Hauptausnahmen sind Westeuropa, mit einem relativ langsamen Wachstum, und Mittelamerika, mit einem kontinuierlichen Rückgang der Militärausgaben. Man sollte sehen, dass, obwohl die USA die bei weitem höchste Verteidigungsrechnung zahlt, die ärmsten Länder die höchste militärische Belastung haben, den sozialen Ausgaben die geringste Priorität geben und den grössten Entwicklungsbedarf haben.

⁵ Aus Irak und Afghanistan zurückkehrende Soldaten : Die Langzeitkosten für medizinische Versorgung und Behindertenversorgung von Veteranen (Stiglitz-Birnes Report) Januar 2006

China hat seinen steilen Anstieg der Militärausgaben fortgeführt, dabei das erste Mal Japan überholt und so die höchsten Militärausgaben in Asien, und die vierthöchsten Ausgaben weltweit. **Japan** war in eine intensive Debatte über das angemessene Niveau der Militärausgaben verwickelt. Die Entscheidung war im fünften folgenden Jahr die, die Ausgaben zu reduzieren, und die militärische Anstrengung auf die Raketenabwehr zu konzentrieren.

SIPRI stellt heraus, dass die Qualität der Daten zu Militärausgaben in den meisten Ländern nicht sehr befriedigend ist. *“Es gibt einen grossen Bedarf, die Transparenz und Zuverlässigkeit in der Verteidigungspolitik, in der Planung, den Programmen, und den Budgetverfahren zu verbessern. Das würde wahrscheinlich auch eine Wirkung auf das Niveau und den Trend der Militärausgaben haben, da es eine informiertere öffentliche Debatte mit sich bringen würde, und in den armen Ländern, in denen Wähler etwas Einfluss in der Politik haben, einen Richtungswechsel zu anderen Typen von Ausgaben, die den Armen helfen würden.”*⁶

Man kann allerdings nicht erwarten, dass die Situation, der sich die Masse der Armen in Entwicklungsländern gegenüber sieht, nur dadurch verbessert wird, dass man die Ressourcen in diesen Ländern umwidmet. Was nötig ist, ist auch eine Verteilung von den reichen Ländern zu den armen Ländern. Sogar ein kleiner Anteil der Militärausgaben der reichen Welt würde, wenn richtig zugeteilt, einen substanziellen Unterschied im Kampf gegen die Armut der Entwicklungsländer machen.

Millenniumsentwicklungsziele

Die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) sind die Ziele für die Verminderung der Armut, auf die sich die Regierungen der Welt bei der Millenniumsversammlung im Jahr 2000 geeinigt haben. Es ist interessant, die untenstehenden Zahlen mit denen der Staaten mit grossen Militärausgaben zu vergleichen.

- Die Kosten, die nötig sind, um die MDGs zu erreichen, werden auf 121 Milliarden Dollar für 2006-13 kalkuliert, das entspricht etwa einem Zehntel der 1 204 Milliarden Dollar, die 2007 weltweit für Militär ausgegeben werden.
- Das Ziel bei Wasser und sanitären Anlagen: Die WHO schätzt, dass es von 1990-2015 11,3 Milliarden Dollar pro Jahr kosten würde, den Anteil der Menschen, die keinen Zugang zu gutem Trinkwasser haben, zu halbieren, und 22,6 Milliarden Dollar pro Jahr, um die ganze Bevölkerung ohne Service zu erreichen.
- Das Gesundheitsziel: Die Weltbank sagt, die gesundheitsrelevanten MDGs zu erreichen, würde 20-25 Milliarden Dollar zusätzlich pro Jahr kosten (2002). Die WHO schätzt die Gesamtkosten auf 40-52 Milliarden Dollar pro Jahr (2001).

⁶ SIPRI Jahrbuch 2005

- Das Ziel der Primärausbildung für alle: Die Weltbank schätzt, es würde 10-30 Milliarden Dollar pro Jahr kosten, Kindern überall eine abgeschlossene Primärausbildung zu sichern (2002).
- Wohnungsziel: UN Habitat schätzt, dass man 11,5 Milliarden Dollar pro Jahr braucht, um das Leben von wenigstens 100 Millionen Slumbewohnern bis 2020 bedeutend zu verbessern.
- Armutsziel: Die Weltbank schätzt, dass man 39-54 Milliarden Dollar braucht, um die Anzahl der Menschen, die von weniger als einem Dollar pro Tag leben, zu halbieren (2002).
- Entschuldungsziel: 300 Milliarden wären zu abzuschreiben, oder 30 Milliarden jedes Jahr in der nächsten Dekade (CAFOD 2006).

Eine Definition von Militärausgaben
(vom Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI)

Wenn möglich, schliessen die SIPRI Militärausgaben **alle gegenwärtigen Kapitalausgaben ein für:**

- Streitkräfte, incl. Friedenserhaltende Streitkräfte (Peace Keeping)
- Verteidigungsministerien und andere Regierungsagenturen, die sich in Verteidigungsprojekten engagieren
- Paramilitärische Kräfte, wenn sie für militärische Operationen trainiert und ausgerüstet werden und dafür zur Verfügung stehen
- Militärische Aktivitäten im Weltraum

Solche Ausgaben sollten einschliessen:

- Personal
 - alle Ausgaben für laufendes Personal, militärisch und zivil
 - Pensionskosten von militärischem Personal
 - Soziale Dienste für Personal und deren Familien
- Operationen und Unterhalt
- Beschaffung
- Militärische Forschung und Entwicklung
- Militärbauten
- Militärhilfe (bei den Militärausgaben des Geberlandes)

Militärbezogene Ausgaben, die nicht eingeschlossen sind:

- Zivilschutz
- Laufende Ausgaben für frühere militärische Aktivitäten:
 - Sozialkosten für Veteranen
 - Demobilisierung
 - Konversion von Waffenproduktionsstätten
 - Zerstörung von Waffen

Militärausgaben von Regierungen kommen meist privaten Militärfirmen und Unternehmern zugute

Wo geht das Geld hin? Entgegen üblicher Mythen wird der Grossteil des Budgets nicht für Waffen verbraucht, sondern für Löhne und andere verwandte Dinge (siehe Eine Definition von Militärausgaben). Nichtsdestoweniger, riesige Summen werden ausgegeben, um Waffen zu kaufen und Dienste, die mit Waffen verbunden sind. Sehen wir uns das Pentagon an, das von allen am meisten ausgibt. Die Militärausgaben der gegenwärtigen US-Administration kommen meistens sehr grossen privaten Firmen und Unternehmern zugute. Die für das Jahr 2008 vorgeschlagene Summe von Militärausgaben ist 647 Milliarden Dollar. Dieses Ausgabenniveau wird begleitet von einem vergleichbaren Wachstum von Vorzugsverträgen für Firmen wie Lockheed Martin,

Northrop Grumman und Boeing. Die Pentagonverträge stiegen von 144 Milliarden Dollar 2001 auf über 294 Milliarden Dollar 2006, ein Wachstum von 10%.

Tafel 1: **Summe der Verträge des Verteidigungsministeriums**
Finanzjahr 2001 - 2006
(Zahlen in Milliarden, mit prozentualer Veränderung Jahr zu Jahr)

2001	2002	2003	2004	2005	2006	% change 2001-2006
\$144.6	\$170.8	\$208.9	\$230.7	\$269.2	\$294.9	103%
% change year to year						
	+18.1	+22.3%	+10.4%	+14.3%	+8.7%	

Table 2: **Top Ten der Verteidigungsunternehmen, FJ 2005 und FJ 2006**
(Zahlen in Milliarden, mit prozentualer Veränderung von 2005 bis 2006 und 2001 bis 2006)

Rank, Company	FY 2006	FY 2005	% change	% change
				2005/06
1. Lockheed Martin	\$26.6	\$19.4	+36.8%	+81.2%
2. Boeing	\$20.3	\$18.3	+10.9%	+52.1%
3. Northrop Grumman	\$16.6	\$13.5	+23.0%	+222.6%
4. General Dynamics	\$10.5	\$10.6	-.9%	+53.3%
5. Raytheon	\$10.1	\$9.1	+10.9%	+80.6%
6. Halliburton	\$6.1	\$5.8	+5.2%	+1325.2%
7 L-3 Communications	\$5.2	\$4.7	+10.6%	+950.5%
8. BAE Systems	\$4.7	\$5.6	-16.1%	+442.3%
9. United Technologies	\$4.5	\$5.0	-10.0%	+36.4%
10. Science Applications International Corp	\$3.2	\$2.8	+14.3%	+83.6%

Mehr siehe www.worldpolicy.org/projects/arms/reports.html

Beispiel eines Entwicklungslands: Äthiopien

Die äthiopischen Streitkräfte zählen zu den grössten in Afrika. Sie rangieren als Nr. 29 in der Welt (nach Anzahl der Beschäftigten). Im Januar 2007, während des Kriegs mit Somalia, sagte man, die äthiopischen Streitkräfte zählten etwa 200.000 Mann. Äthiopiens hohe Militärausgaben gehen zurück auf die Zeit von Mengistu in den 90er Jahren. In den späten 90er Jahren, während der letzten Jahre seiner Regierung, schätzte man die äthiopischen Militärausgaben auf eine Milliarde Dollar, sie verbrauchten damit bis zu 14% des BSP.

Obwohl der Trend in Äthiopiens Militärausgaben in den letzten Jahren rückläufig ist, teilt die Regierung grosse finanzielle Ressourcen dem Militär zu auf Kosten von Bildung und Gesundheit. In den Augen des Nobelpreisträgers Oskar Arias: *“ Solche Budgetprioritäten unterstreichen eine groteske Ironie. Viele der ärmsten Staaten häufen Vorräte von Panzern und Waffen an, um Bürger zu “verteidigen”, die weit mehr von Mangelernährung und vermeidbaren Krankheiten bedroht sind.”* Die Summe der Militärausgaben von Äthiopien wird jetzt auf etwa 296-300 Millionen Dollar geschätzt, was etwas 9% der gesamten Regierungsausgaben entspricht und 3,4% des BSP (UNICEF Schätzung).

Zum Vergleich: Wir sehen, dass etwa 6% von Äthiopiens Budget 2005 für Gesundheit ausgegeben wurden (UNICEF). Dieser Betrag ist geringer als die Gesamtausgaben der Regierung für das Militär, das gibt einen Hinweis auf die entsprechende Priorität. Seit die Regierung Zenawi im Dezember 2006 in das benachbarte Somalia einmarschierte, um gegen islamische Kräfte dort zu kämpfen, sind die Kosten gestiegen, obwohl genaue Zahlen nur schwer zu bekommen sind. Die militärische Belastung wiegt schwer auf den Schultern der äthiopischen Steuerzahler, wenn wir die Kosten vergleichen. Zwischen 1 und 2 Millionen Menschen unter 49 Jahren leben mit HIV/Aids, aber nur 24 600 der gleichen Altersgruppe konnten antiretrovirale Behandlung erhalten (WHO 2005). Die 300 Millionen Dollar, die für das Militär ausgegeben wurden, hätten mehr als 20 Millionen Äthiopier mit Impfstoffen versorgen können und hätten die Zahl der Patienten, die lebensrettende HIV-Behandlungen bekommen, verdoppeln können.

Zusätzlich zu Gesundheitsversorgung und Bildung muss die äthiopische Regierung andere Themen der menschlichen Sicherheit als Ausgabenprioritäten in Betracht ziehen. Zum Beispiel Flüchtlinge, Vertriebene, schwere Unterernährung (besonders bei Kindern), schlechtes Wasser und schlechte Sanitärversorgung bekommen nicht die gleiche Priorität wie das Militär. Gemäss der humanitären Agentur Concern brauchen im Moment in Äthiopien 2,5 Millionen Menschen dringend humanitäre Hilfe. Allein 2006 betrug die humanitäre Hilfe von USAID in Äthiopien 64 446 971 Dollar, inkl. 2 300 000 Dollar für Flüchtlinge vom UNHCR.

Wenn man auf diese Daten schaut, gibt es – in der Sicht von IPB – keine Rechtfertigung für ein Entwicklungsland wie Äthiopien, das von schwerwiegenden sozialen Problemen geplagt ist und von Hilfe aus dem Ausland abhängig, solch grosse Geldsummen dem Militär zuzuteilen. Es ist kein Geheimnis, dass Äthiopien starke Unterstützung von den USA in seiner Rolle als regionaler Polizist bekommen hat. Aber solche Vormundschaft

bringt einen Preis mit sich in der Hinsicht “der Strasse, die man nicht nimmt”. Vom Gesichtspunkt der menschlichen Sicherheit aus, sind gute Grundbildung und Gesundheitsversorgung, sowie angemessene Ernährung und sauberes Wasser die essenziellen Formen der Sicherheit, die eine Regierung zur Verfügung stellen sollte. Man kann auch argumentieren, dass das Anwachsen der Streitkräfte und der Aufmarsch von Tausenden aktiven Militärs in Nachbarstaaten die Spannung in mittel- bis langfristiger Sicht nur verstärken wird, während sie spärliche Ressourcen von den vom Hunger geplagten Armen abziehen und mehr Unsicherheit schaffen. Unterdessen gehen Menschenrechtsverletzungen weiter, und die Opposition wurde zum Schweigen gebracht.

Schlussfolgerung

In fast jedem Land gibt es das Thema Militärausgaben versus Sozialausgaben, das man erforschen könnte. Die Tatsache, dass ein militärischer Gigant jede Entwicklung in den Ausgaben der anderen behindert, sollte nicht die Tatsache verdecken, dass ärmere Länder auch einen proportional hohen oder höheren Preis zahlen für ihre militärische Kapazität. Umgekehrt, die Tatsache, dass kleinere, gewöhnlich autoritäre Staaten in Waffen investieren – nicht in Bauernhöfe – sollte den Fokus der Aktivisten nicht vom zentralen Problem ablenken, das im militärisch-industriell-politischen Komplex des Westens liegt, dessen Rolle es ist, die andauernde Beherrschung des Globus durch die Reichen und Mächtigen zu sichern.

4 KAMPAGNEN ZU AUSGABEPRIORITÄTEN ENTWICKELN

Ich sage: Kenne Deinen Feind und kenne Dich selbst; in hundert Schlachten wirst Du niemals besiegt werden. Wenn Du nichts über Deinen Feind weisst, aber Dich selbst kennst, sind Deine Chancen, zu gewinnen oder zu verlieren, gleich hoch. Wenn Du beide nicht kennst, Deinen Feind und Dich selbst, wirst Du sicher in jeder Schlacht besiegt werden. – Sun Tse

Investitionen in Krieg und Waffen nehmen viele Formen an. Sie können in zwei grosse Kategorien aufgeteilt werden : öffentlich und privat.

Öffentlich: der öffentliche Geldbeutel ist der sichtbarere der beiden, da er – in einer normalen demokratischen Gesellschaft – der Gegenstand vieler Debatten und mehr oder weniger offener Prozesse ist: Diskussionen im Parlament, Ausschussanhörungen, Regierungsvorschläge, öffentliche Untersuchungen, Kampagnen verschiedener Interessen, Presseberichte etc.

Privat: weniger sichtbar sind die privaten Interessen, die das militärische System speisen: so wie Investitionen in die Entwicklung von Waffensystemen und andere militärische Ausrüstung und Infrastruktur, private militärische Dienste, und Waffengeschäfte, die Ressourcen in Programmen wissenschaftlicher und technologischer Forschung einsetzen. Zusätzlich sollte auch das **öffentliche** Geld, das durch **private** Hände kanalisiert wird – Vertragsnehmer, Waffenproduzenten, Consultants etc. – in Betracht gezogen werden. Im Allgemeinen ist es schwieriger, private Geldflüsse zu finden und zu kontrollieren, obwohl zum Beispiel die letzten Skandale, die mit privaten militärischen Unternehmern im Irak verbunden sind, zeigen, dass auch sie das Ziel von Kampagnen und verschiedenen Formen legislativer Aktion sein können.

Die Bedeutung der nationalen Ebene

Obwohl viele private Firmen international operieren, und Regierungen Teil eines Netzes ineinandergreifender globaler Institutionen sind, ist es eine Tatsache, dass die am besten zugänglichen Entscheidungen auf nationaler Ebene fallen – und deswegen ist es diese Ebene, auf die sich der grösste Teil der Kampagnenarbeit konzentrieren muss.

Parlamente und Parteien

Breite öffentliche Bildung ist wichtig zum Thema militärischer Ausgaben – wie bei jedem anderen solchen Thema – aber im Zentrum der Lobby-Anstrengungen und des öffentlichen Drucks sind normalerweise die Parlamentarier und politischen Parteien, die die Tagesordnung bestimmen und über die Politik entscheiden. Trotz des Anwachsens persönlichkeitszentrierter Politik in vielen westlichen Ländern und darüberhinaus sind die Positionen zu fundamentalen Themen wie der nationalen Sicherheit und der allmeinen Verfügung über die bewaffneten Streitkräfte normalerweise der Gegenstand fest

etablierter Parteipositionen. Man muss sagen, dass es oft einen Zweiparteien- oder Vielparteienkonsens über Themen gibt, die mit der “nationalen Sicherheit” verbunden sind. Ein gutes Beispiel ist Frankreich im Wahljahr 2007: sehr wenige der Präsidentschaftskandidaten setzten sich mit der vorherrschenden Meinung des Establishments zu Verteidigung auseinander, und die Medien behandelten das Thema fast überhaupt nicht.

Die Waffenlobby

Die Schwierigkeit ist, dass diese Themen Gegenstand des Einflusses mächtiger Verteidigungslobbys sind – der Streitkräfte selbst, ihrer Unterstützer und im Besonderen der Waffenfirmen. Ein grosser Teil dieses Einflusses wird hinter verschlossenen Türen ausgeübt. Ein gutes Beispiel dieses Problems ist der englische Korruptionsskandal des BAE- Waffengeschäfts mit Saudi-Arabien: die Untersuchung der Anschuldigungen wurde von der Regierung Blair abrupt im Dezember 2006 eingestellt, als der Premierminister geltend machte, dass “die Sicherheit Grossbritanniens gefährdet” würde, wenn man die Weiterführung der Untersuchung zuliesse. So wurde eine offene Debatte der Einzelheiten der Beschuldigungen ganz einfach unterdrückt. Dann, am 7. September 2007, gab BAE-Systems bekannt, dass es einen Handel über 20 milliarden Pfund abschliessen werde, mit dem 72 Eurofighter Typhoon Jets nach Saudi-Arabien geliefert werden...eine der grössten Betsellungen, die Grossbritannien jemals an Land ziehen konnte. Dieses verstörende Ergebnis kam heraus, trotz einer intensiven Kampagne von Campaign against the Arms Trade und anderer, die die Korruption entlarvten und auf einer offenen Debatte bestanden.

Das Militärsystem als Ganzes

Vielleicht unvermeidlicherweise konzentriert sich der Hauptteil der NGO-Arbeit in diesem Bereich auf die schlimmsten Exzesse: wie Skandale im Waffenhandel, die Entwicklung von Nuklearwaffen, die Kampagnen gegen Landminen und Streubomben etc. Wenn es deutlich sichtbare Opfer oder schreiende Heuchelei gibt, ist es immer einfacher, die herauszufordern, die an der Macht sind.

Aber man muss es betonen, dass Kampagnen sich nicht ausschliesslich auf solche “leichten” Ziele beschränken sollten. Das ganze Militärsystem sollte kritisch überprüft werden. Budgets sollten in ihrer Gesamtheit angeschaut werden. Das Problem ist nicht einfach die Korruption, die tendiert, mit dem Waffenhandel einherzugehen, nicht einmal die Exporte an sich, schliesslich stellen die Waffenkäufe oft nur einen kleinen Teil der gesamten Ausgaben dar. Das Problem ist, dass ererbte Institutionen und tief verwurzelte öffentliche Haltungen zu einem Übervertrauen auf das Militär geführt haben, nationale Verteidigung und “nationale Interessen” zu fördern. Währenddessen hat sich die Welt dramatisch verändert, und die Art der Sicherheit selbst steht zur Debatte.

Strategie

Die Zivilgesellschaft hat in einem gewissen Sinn seit Jahrhunderten Kampagnen geführt.⁷

⁷ siehe z.B. Berichte über die Kampagne des 18. und 19. Jahrhunderts, den Sklavenhandel abzuschaffen wie Adam Hochschilds *Bury the Chains* (2005)

Aber besonders die letzten vier Dekaden haben uns ein reiches internationales Erbe der Arbeit für soziale Gerechtigkeit gegeben, von dem wir lernen können. In allen Bereichen und auf allen Kontinenten gab es aussergewöhnliche und heroische Bewegungen, von Massenbewegungen gegen den Kolonialismus zu solchen gegen Armut, Rassismus und Krieg, Bewegungen für die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Forderungen der Arbeiter, für Menschenrechte, und jetzt eine Kampagne, deren Ziel nichts weniger ist, als die gesamte Biosphäre zu retten. Dieses globale Erbe bietet uns eine riesige Bibliothek voller Lektionen, wie man erzieht, mobilisiert, dramatisiert, Druck ausübt – und schliesslich gewinnt.

Viele nützliche Bücher (und Filme etc.) sind veröffentlicht worden über die Taktiken von Kampagnen: wie man öffentliche Treffen organisiert/wie man eine Pressemitteilung schreibt/eine Rede hält/Lobbyarbeit bei seinem Parlamentsabgeordneten macht/eine Datenkartei der Mitglieder aufbaut, usw. Sehen Sie hier bitte Einzelheiten über einige der nützlichsten Dinge im Kapitel über Webseiten. Wir wollen uns hier mit den mehr strategischen Aspekten befassen – obwohl beide Ebenen in vielen Fällen eng miteinander verbunden sind.

Das Buch *How to win campaigns* von Chris Rose (Earthscan Books, 2005) analysiert brilliant sowohl die praktischen Herangehensweisen als auch die Denkstrategien, die für eine erfolgreiche Kampagne nötig sind.

Seine Beispiele, die meist aus seiner Zeit bei Greenpeace stammen, sind oft relevant für Themen wie militärische und soziale Ausgaben. Aus seinen scharfsinnigen Beobachtungen:

- Kampagnen sind **Überzeugungskriege**, und – wie Vermarktung, dem es sehr ähnlich ist – Kampagnentechnik ist sowohl eine Kunst als auch eine Wissenschaft.
- Viele Kampagnen schlagen fehl, weil es grundsätzlich um **Kommunikation** geht und Kampagnen sich zu oft auf den Inhalt der Botschaft und nicht genug auf die **Ereignisse** konzentrieren, die sowohl die Aufmerksamkeit der Medien auf sich ziehen als auch Referenzpunkte in der Debatte werden, in einer Weise wie es zum Ausdruck gebrachte Meinungen nicht tun.
- Die **Planung von Kampagnen** muss damit beginnen, dass man sein Ziel definiert, gefolgt von einer Themenkarte, kombiniert mit einer Analyse, wer die Akteure sind und wo die Hindernisse auf dem Weg zum Fortschritt liegen. Wir müssen die sozialen “Wetterbedingungen” verstehen, müssen unsere Kampagnenaktivposten identifizieren (in jedem Sinn), und Klarheit darüber gewinnen, worüber wir genau kommunizieren wollen.
- Die grosse Bedeutung von **Bildern** in einer Welt, in der Fotografien kulturelle und linguistische Grenzen überschreiten und eine ganze Geschichte in einem Augenblick erzählen. “Wenn Du Dein Ziel nicht fotografieren kannst – oder Dir

zumindest vorstellen, es zu fotografieren... - ist es wahrscheinlich nicht zu viel nütze, und wahrscheinlich nicht real”.

- Eine Kampagne zu führen ist eine Mischkunst, die sich aus vielen anderen Disziplinen speist, so dass es keine Überraschung ist, dass Anwälte denken, dass sich Kampagnen darum drehen, zu argumentieren, dass Wissenschaftler Kampagnen durch Forschung voranbringen wollen, dass Schriftsteller und Akademiker publizieren wollen, und Lehrer glauben mögen, mit Erziehung könne man die Welt verändern. All das spielt eine Rolle in Kampagnen, das ist wahr. Aber wirksame Kampagnen werden normalerweise eher durch Zeigen als durch Argumentieren durchgeführt, eher durch Motivation als durch Bildung, und eher durch Mobilisierung als durch Anhäufung von Wissen. Dieses ordentlich zu tun heisst, die Kommunikation zu planen wie ein Komponist oder Filmregisseur.
- Aufmerksam die **andauernde Medienrevolution** unseres täglichen Lebens zu verfolgen ist essentiell für die Kampagnen des 21. Jahrhunderts. Obwohl nur wenige sagen können, welche dieser vielen neuen Phänomene bleiben werden – Blogs, Podcasting, Indymedia, SMS, die ganze grosse Kollektion der partizipativen Web 2.0 Initiativen – lernen wir eine neue Grammatik öffentlichen Ausdrucks und öffentlicher Interaktion. Das ist eine Sache, mit sich Kampagnen in verschiedenen Geschwindigkeiten beschäftigen, je nach ihrer geographischen Örtlichkeit, Alter und Hintergrund der Macher und anderen Faktoren.
- Kampagnen haben eine Art **Lebenszyklus**, in dem ein Thema, das am Anfang zur Marginalität verurteilt schien, im Lauf der Zeit eine viel zentralere Position im allgemeinen öffentlichen Diskurs einnimmt und schliesslich – wenn es sich in Übereinstimmung mit der Veränderung des sozialen Klimas befindet – ein anerkannter Teil anerkannter Politiken und Wertsysteme werden kann. Kampagnen beschäftigen sich dann mit einer radikaleren Seite des Problems oder bewegen sich zum nächsten Thema in ihrem Bereich. Beispiel: Recycling.

All dies, und viele andere Empfehlungen und Ratschläge, die von denen, die Erfahrung im Krieg der Überzeugungen haben, erhältlich sind, auf den Bereich der militärischen und sozialen Ausgaben anzuwenden, ist die Aufgabe derer, die in diesem Bereich für Bewegung sorgen. Einiges ihrer Arbeit wird im Kapitel 5 behandelt.

Das Problem der Unsichtbarkeit

Das erste Problem, das man in Angriff nehmen muss, ist, anzuerkennen, dass Statistiken über militärische Ausgaben in der allgemeinen Öffentlichkeit nicht weitverbreitetes Wissen sind, nicht einmal unter Lobbygruppen. Da gibt es ein ernstes Wahrnehmungsproblem, oder besser: eine Quasi-Unsichtbarkeit. Militärische Ausgaben werden, wenn sie überhaupt gesehen und analysiert werden, sicher nicht als Teil der Frage der Entwicklung gesehen. Lassen Sie uns ein Beispiel nehmen. Die Schlüsselfrage in den frühen Phasen der internationalen Antwort auf den asiatischen Tsunami Anfang 2005 war, angemessene Hilfsgüter zu den betroffenen Gebieten zu schaffen und dann den

Weg für die langdauernden Aktivitäten des Wiederaufbaus und weiteren Entwicklung vorzubereiten. Die USA verpflichteten sich sofort, 350 Millionen Dollar Hilfe einzusetzen, und erhöhten später auf 950 Millionen. Das ist sicher eine bedeutende Summe, aber angesichts des Ausmasses des erforderlichen Wiederaufbaus leicht auszugeben. Aber vergleichen Sie das mit den Milliarden, die für die Besetzung des Irak bereitgestellt wurden, eine Unternehmung, deren Ende nicht in Sicht ist und deren ökonomische Früchte hauptsächlich einer begrenzten Anzahl von US-Firmen, die der Bush-Administration nahestehen, zugutekommen.

Trotzdem wollen nur wenige Analysten dieses massive finanzielle Ungleichgewicht herausstellen. Das ist nicht neu; die Kommentare zu Regierungshilfen, die von der Hilfs- oder Entwicklungsindustrie im Lauf der Jahre veröffentlicht wurden, haben nur selten den Vergleich mit den riesigen Summen, die von den gleichen Regierungen für das Militär ausgegeben wurden, angestellt.

Versteckte Ausgaben

Ein zweites Problem ist es, dass die offiziellen Zahlen, die für Militärausgaben angegeben werden, nicht immer zuverlässig sind. In vielen Fällen werden militärische Ausgaben in anderen als dem Verteidigungsbudget versteckt oder tauchen gar nicht auf. Die Kosten für den US-Atomwaffenkomplex sind zwar nicht vollständig versteckt, finden sich aber grossenteils in dem Budget der Abteilung für Energie. In anderen Staaten werden Fonds für unvorgesehene Ausgaben genutzt, um Schulden für das Militär oder für die Reparatur militärischen Geräts zu zahlen. Militärbudgets werden ergänzt durch Zahlungen, die von nicht ausgegebenen Budgets des sozialen Bereichs abgezweigt werden, ergänzt. Militärische Aktivitäten werden als Friedensoperationen dargestellt oder als Aktivitäten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und werden von nicht-militärischen Abteilungen wie der Polizei oder der sozialen Wohlfahrt gezahlt.

Umgekehrt kann Einkommen für militärische Aktivitäten aus Geschäften oder kriminellen Unternehmungen (Benzinschmuggel, Drogen- oder Waffenhandel, Diamantenabbau etc.) generiert werden. In Indonesien geniessen Geschäfte, die vom Militär betrieben werden, gemeinnützigen Status. In China ist die Volksarmee eines der grössten Unternehmen des Landes. Viele Regierungen – z.B. Kambodscha – finden es schwer, hohe Ausgaben für das Militär ausserhalb des Budgets zu vermeiden, da die mächtigen militärischen Etablissements eine integrale Rolle im politischen System spielen. Mit den versteckten Ausgaben umzugehen erfordert eine stärkere demokratische Kontrolle des Verteidigungssektors, inklusive der Aktivitäten sowohl der zivilen als auch der militärischen Beamten.

WAS KANN GETAN WERDEN?

Dieses Problem kann nicht schnell gelöst werden. Natürlich muss detaillierte Forschung über die absoluten Zahlen und ihre relative Bedeutung im gesamten nationalen Budget betrieben werden. Die frage darüberhinaus ist diese: **Wie kann man das moralisch Offensichtliche in das praktisch Politische umformen?** Viele in der politischen Klasse der westlichen Länder scheinen sich der Grösse der militärischen Kosten bewusst zu sein,

aber sie wollen sie nicht in Frage stellen, aus Angst, politisch inkorrekt zu erscheinen. Bei Parlamentariern gibt es auch die Angst, Wählerstimmen zu verlieren, die vom Schrumpfen der Waffenindustrie oder vom Schliessen von Basen betroffen sein könnten. Die Herausforderung für Friedens- und Entwicklungsbewegungen wie für die Zivilgesellschaft im allgemeineren ist deshalb, eine **breite Allianz von Gruppen aufzubauen**, denen eine Neuausrichtung des nationalen Budgets zugutekommen würde, eine Koalition, die einen starken politischen Druck hervorbringen kann. Der erste Schritt in diese Richtung ist es, Bewusstsein bei ihren Führern und Mitgliedern zu schaffen.

Es müssen drei zentrale Themen angesprochen werden, die die drei Schlüsselphasen im Prozess sind, eine Herausforderung der existierenden Prioritäten in Szene zu setzen.

1. Wahrnehmungen von Bedrohung

Kampagnen müssen das Thema der **Definition eines angemessenen Niveaus von Sicherheit** ansprechen. Während des Kalten Krieges schien fast jedes Ausgabenniveau von den Supermächten gerechtfertigt zu werden, da sie in der Sackgasse des Zahlenspiels mit « Raketenlücken » gelandet waren. Aber neue Bedrohungen der Sicherheit im Westen sind weitgehend mit der Bedrohung des Terrorismus verbunden, der nicht mit normalen militärischen Mitteln « geschlagen » werden kann. Ausserdem erscheinen die Aktionen, die von den USA und Grossbritannien im Besonderen unternommen werden, wenn überhaupt, die Gefahr zu erhöhen – und Terrorismus zu provozieren – als sie zu verringern. Wir sollten hinzufügen, dass Politikmacher wirklich lieber die **Definitionen der Bedrohung der menschlichen Sicherheit** (human security) übernehmen sollten als die, die sie aus Jahrhunderten militärischer Eroberungs- und Verteidigungstechnologie ererbt haben.

Entwicklungsländer haben oft andere Bedrohungswahrnehmungen als westliche Länder. Z.B. können sie wohlbegründete Furcht vor Rebellen haben oder vor Nachbarstaaten, die Bodenschätze an sich reissen oder territoriale Ansprüche stellen, unterstrichen von gewalttätigem Vorgehen. Aber ein neues territoriales Wettrüsten zu starten ist nicht die Lösung. Viel mehr Ressourcen sollten regionalen Sicherheitspakten gewidmet werden, oder dem Dialog mit den Rebellen, oder Anstrengungen, eine gleichgewichtige Verteilung von Macht und ökonomischen Investitionen zu sichern etc. In so vielen Fällen hat das Militär ein politisches Machtzentrum aufgebaut, und es ist schwierig für ein Regime, das von bewaffneten Streitkräften und verwandten Industrien abhängt, bei den Streitkräften zu kürzen, die ihm anscheinend sein eigenes Überleben garantieren.

So hat die Zivilgesellschaft zwei langfristige Aufgaben: die vorausgesetzten Bedrohungswahrnehmungen anzufechten, und für ein Human Security Budget zu streiten – eines, bei dem der Grossteil der Ressourcen einer Regierung den Bedürfnissen der Menschen gewidmet werden – mit einer Priorität für verletzbare und marginalisierte Gruppen.

2. Kürzungen

Die nächste Frage ist, **was gekürzt werden sollte**:

- Waffensysteme? In welchem Fall welche? Was wird die Abrüstung kosten?
- Welche Dienste/Regimenter/Battalione sollten verringert werden?
- Truppen in bestimmten Ländern? Welche, und in welcher Geschwindigkeit sollten die Truppen abgezogen werden? Sollten sie woandershin verlegt werden oder aufgelöst? In diesem Fall gibt es zusätzliche Zahlungen, Pensionen, Verlegungs- und Fortbildungskosten.
- Sollte Militärbasen geschlossen werden? In diesem Fall ... gibt es dieselben Fragen.

Wirklich komplexe Probleme für Entscheidungsträger, und solche, die nur auf der nationalen Ebene gelöst werden können, aber sie sollten die Tatsache nicht verstellen, dass auf lange Sicht die Verringerung militärischer Aktivitäten wesentliche Einschnitte in den Ausgaben hervorbringen – Ausgaben, die das Geld der Steuerzahler sind.

Es gibt auch das wichtige Argument, dass die Kosten von Abrüstung richtigerweise nicht als Extrabelastung betrachtet werden sollten, für die jetzt Ressourcen gefunden werden müssen, sondern dass sie an erster Stelle als Teil der Kosten für die Beschaffung der Waffen gesehen werden müssen. Dieses Prinzip findet schrittweise seinen Weg in den Handel mit Personalcomputern, z.B., zumindest in bestimmten Ländern, in denen Recycling/ökologische Entsorgung jetzt die Norm ist, und in denen der Käufer eine extra Steuer für diesen Zweck beim Händler zahlen muss.

3. Alternative Ausgaben

Am Ende steht die Frage, **wie das eingesparte Geld ausgegeben werden kann**. Viele Regierungen werden sich dafür entscheiden, die Reichen durch Steuerkürzungen zu belohnen, oder private Industrie und Handel durch Subventionen und geringere Zinsen zu ermutigen. Es ergibt sich nicht automatisch, dass Einsparungen dafür ausgegeben werden, die Gesundheit zu verbessern oder die Bildung oder die sozialen Dienste für die, die weniger haben, ganz zu schweigen davon Entwicklungsprogramme in ärmeren Ländern zu finanzieren. In jedem Stadium wird es einen politischen Kampf um alternative Prioritäten geben. IPBs Position ist, dass das in jeder wirklichen Demokratie eine Sache ist, die von den gewählten Repräsentanten entschieden werden muss, da es viele Prioritäten gibt, die miteinander in Konkurrenz stehen, und die alle wesentlich sind für das Überleben, die menschliche Sicherheit und Wohlfahrt. Ressourcen müssen in massivem Umfang umgeleitet werden, weg von Investitionen in die Militärmaschine und ihre aufgeblasene Bürokratie, hin zu Gesundheit, Bildung, Wohnungsbau, Beschäftigung, Sanitäranlagen, Transport, Umwelt und viele andere Bereiche. In einer Zeit, in der die menschliche Familie mit einer ganzen Serie von dramatischen Notlagen konfrontiert ist (von Hiv/Aids und Klimaveränderung zu Hunger und extremer Armut in grossem Umfang), ist es dringlich, dass Politikern klar gemacht wird, dass sich unsere Ausgabenprioritäten ändern müssen, und dass die Öffentlichkeit das verlangt. Wie kann

diese Veränderung herbeigeführt werden? Durch öffentliche Bildung, das Bilden von Koalitionen, ständigen Druck und intelligente Organisation.

ALTERNATIVSTEUERPLÄNE UND KÜRZUNGSZIELE

Eine Vielfalt von Vorschlägen sind seit Dekaden gemacht worden, um zusätzliche grosse Summen für Entwicklung zu sichern. **Innovative Finanzierung für Entwicklung** ist selbst eine kleine Industrie, trotzdem ist es eine, in der militärische Geldquellen strikt tabu sind. Vorschläge für Alternativsteuern zu allem sind gemacht worden, Steuern auf finanzielle Transaktionen (die von Attac geforderte **“Tobinsteuer”**), auf Kohlenstoffverbrauch, auf Kreditkartenzahlungen, und unlängst auf Flugtickets (jetzt etabliert als **UNITAID**, ein Programm von der WHO, um Behandlungen für HIV-Aids und andere Epidemien zu geringen Kosten zu finanzieren). Es gibt bereits einen **Digitalen Solidaritätsfonds**, angestossen von Senegal, mit Unterstützung von Frankreich, Nigeria und Algerien (*BBC Nachrichten vom 16. März 2005*). Partnerschaften zwischen Nord und Süd sind von führenden Menschen lanciert worden, wie der Aufruf von Lula und Chirac zu einer internationalen Steuer, um den Hunger abzuschaffen (2004), der auch bald von Chile (Lagos) und Spanien (Zapatero) unterstützt wurde. Bis jetzt hat er bei anderen Grossmächten keinen Anklang gefunden, obwohl er wahrscheinlich zu den G8-Entscheidungen im Juli 2005 über Hilfe und Entschuldung beigetragen hat. Aber Vorschläge für eine **Steuer auf Waffen** (oder auf Militärausgaben) haben bis jetzt keinen Enthusiasmus hervorgerufen, sogar (oder besonders) von Seiten derer, die Abrüstungskampagnen durchführen, da sie sie als ein Hindernis empfinden, Waffenverkäufe zu vermindern, und in gewisser Weise als Legitimation von Militarismus.

Aufrufe, Appelle und Vorschläge für ein spezifisches Kürzungsziel bei Militärausgaben sind oft von Gruppen der Zivilgesellschaft gemacht worden, von 1% bis 5% pro Jahr oder mehr. Z.B. bei der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 wurde eine **Frauenfriedenspetition** abgegeben, die zu einer Kürzung von 5% im Jahr für 5 Jahre bei Militärausgaben aufrief und zur Umverteilung dieser beachtlichen Ressourcen auf Human Security Programme und Friedenserziehung. Ähnliche Aufrufe wurden schon beim Gipfel 1992 in Rio gemacht, fanden aber auf Regierungsebene keinen Widerhall.

KONVERSION DES MILITÄRS FÜR SOZIALE ENTWICKLUNG

Konversion kann als Umorientierung von Firmen des militärischen Sektors auf zivile Produktion definiert werden. Sie ist ein schwieriger Prozess, der oft teilweise Umstrukturierung miteinschliesst, mit einer Diversifikation des Produktumfangs und teilweiser Umstellung durch Verschieben und Neuausbildung des Personals und Umorientierung von Geschäftspraktiken. In der Vergangenheit wurde die Umorientierung von militärischer auf zivile Produktion als die vielversprechendste Form der Konversion angesehen.

Konversion schliesst auch die Reduzierung von Truppen ein und die Wiederbeschäftigung von Ex-Kombattanten im zivilen Leben, die Konversion und Wieder-Ingebrauchnahme von militärischen Anlagen, Umleitung von militärischer Forschung

und Entwicklung, und die Zerstörung von Waffen. Die Verfügbarkeit früherer militärischer Anlagen für zivile Zwecke gehört auch zu den am besten sichtbaren Anzeichen von Abrüstung.

Obwohl « Macht Traktoren aus Panzern » einmal ein populärer Slogan war, tendiert die Einschätzung nach Erfahrung der vergangenen Dekaden dahin, dass es oft wirksamer ist, Produktionsanlagen vollständig zu schliessen und die Arbeiter in anderen Sektoren anzustellen, als zu versuchen, die Fabriken direkt zu ziviler Produktion umzufunktionieren.

DAS PROBLEM DER DEMOKRATIE – ODER IHRER ABWESENHEIT

In vielen autoritären Staaten wird Verteidigung als so ein sensibles Thema wahrgenommen, dass es dazu verteilt ist, ein Vorrecht des Präsidenten oder derjenigen zu sein, die an der Spitze der Staatsstruktur stehen. Entscheidungen fallen nicht auf parlamentarischer Ebene, und in manchen Fällen nicht einmal auf Kabinetts-Ebene. Die Grösse oder die Verfügung der militärischen Ressourcen der Nation in Frage zu stellen kann als Einmischung in Dinge gesehen werden, die die nationale Sicherheit oder das Überleben des Regimes betreffen. In einem solchen Kontext – und das betrifft viele Staaten, vor allem im Süden des Planeten – kann man das Entstehen von Kampagnen, die sich explizit auf dieses Thema konzentrieren, nicht erwarten. Wichtiger und wahrscheinlicher wären Anstrengungen, das demokratische System zu verbessern (oder einzuführen!), seine Kontrollmöglichkeiten zu entwickeln, Transparenz zu fördern und der Zivilgesellschaft im allgemeinen eine Rolle beim Treffen von Entscheidungen und im Konsultationsprozess zu geben.

5 BEISPIELE FÜR KREATIVE KAMPAGNEN

Einführung

Auf den folgenden Seiten präsentieren wir die Arbeit nur einiger Nichtregierungsorganisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft, die einen oder mehrere Aspekte des Themas der militärischen und sozialen Ausgaben aufgenommen haben – oder, in manchen Fällen, einen Aspekt der weiteren militärischen Kultur.

Wir wissen, es gibt viele andere Gruppen auf der ganzen Welt, die sich in diesem ehrgeizigen Bemühen engagiert haben. Die Begrenztheit des Platzes erlaubt uns nicht, über sie alle zu berichten. Wir hoffen, dies durch das Sammeln anderer Berichte wettzumachen, auch durch ausführlichere Ausgaben dieses vorliegenden Textes auf unserer Webseite www.ipb.org

Im Allgemeinen ist das Material von den eigenen Webseiten der Gruppen genommen oder aus Texten, die wir für diesen Band ausgesucht haben. Wir entschuldigen uns im Voraus dafür, falls irgendeines dieser Materialien veraltet oder unvollständig sein sollte, und für unvermeidliche Auslassungen.

Was das Material zeigt, ist die grosse Vielfalt der Länder, der sozialen Bereiche, von Grösse und Stil der Gruppen, und der Herangehensweisen an das Problem. “Lasst hundert Blumen blühen!”

Wir ermutigen die Leser, mit den erwähnten Organisationen Kontakt aufzunehmen, auch mit denen im Kapitel über Webseiten, und nach Gelegenheiten in ihren eigenen Gemeinschaften Ausschau zu halten, diese kleine, aber wachsende Bewegung zu stärken.

1. AFRI, Irland – Nur eine Sekunde.

Afri initiierte die Kampagne “Nur eine Sekunde!” während des 1. Golfkriegs, um die obszöne Ressourcenverschwendung des Krieges zu zeigen, während gleichzeitig Millionen von Menschen durch Hunger und vermeidbare Krankheiten in den Entwicklungsländern sterben.

Das Ziel der Kampagne war, ein Bewusstsein über die « doppelte Immoralität » des Waffenhandels zu fördern, der von Haus aus eine Bedrohung der Sicherheit der Menschen darstellt, und aber auch für die Umleitung der Ressourcen verantwortlich ist, weg von den wirklichen Bedürfnissen der Menschen wie Nahrung, sauberes Wasser, Obdach, Gesundheitsversorgung und Bildung. Das Ziel war, das Bewusstsein der Menschen zu wecken und sie zu motivieren, sich aktiv für eine Veränderung einzusetzen.

Die Methode, die verwendet wurde, war, zu kalkulieren, was der Waffenhandel pro Sekunde kostet, da die jährlichen Ausgaben so hoch waren (900 Milliarden US Dollar), dass sie viele Leute eigentlich nicht verstehen konnten. Die Kampagne wurde « Nur eine Sekunde ! » genannt, da sie einen kreativen Versuch darstellte, die Leute dazu zu bringen, für einen Moment innezuhalten, nachzudenken, über die Verrücktheit zu meditieren, die in der Golfregion entfesselt wurde (deren Konsequenzen heute noch spürbar sind).

Nachdem die Summe kalkuliert war, versuchten wir, als Teil unserer Kampagne, das Äquivalent zu einer Sekunde der Weltmilitärausgaben – 1992 21.000 Dollar – zu sammeln und es dafür zu verwenden, Nahrung, sauberes Wasser und Gesundheitsversorgung für Menschen in der sich entwickelnden Welt zur Verfügung zu stellen und auch für Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen in benachteiligten Gebieten in Irland. Das war ein Weg, um in einer klaren und praktischen Weise darzustellen, was erreicht werden könnte, wenn die Ressourcen, die für Krieg und Kriegsvorbereitungen verwendet werden, stattdessen für das bessere Wohlergehen der Menschheit genommen würden.

Wir glaubten, dies war die Art von Idee, die besonders jungen Leuten gefallen würde, die oft die falschen Prioritäten in unserer Welt leichter sehen können. Schüler aus 17 Schulen in ganz Irland nahmen an der Kampagne teil, und wir erreichten unsere Zielzahl hauptsächlich durch ihre Arbeit und ihre Anstrengungen. Einer der Schüler, der an der Kampagne teilnahm, beschrieb es folgendermassen: “Die Kampagne « Nur eine Sekunde ! » erschreckend in der Einfachheit ihrer Botschaft – dass 21.000 Dollar pro Sekunde für Waffen ausgegeben werden – erweckte in den Schülern das Bewusstsein von der Nutzlosigkeit des Krieges. Zu einer Zeit, in der die schmale Linie zwischen Realität und Fiktion in unseren Köpfen dank der Übereinfachung der Nachrichtenberichte vom Golfkrieg durcheinander war, enthüllte Afri’s direkte Botschaft die bittere Ironie, dass Millionen nutzlos starben, während unsere westliche Welt ihre Ressourcen für ein schreckliches menschliches Abschlachten verschwendete. Das erschreckte uns so, dass wir aktiv wurden, also, was haben wir getan?”

Viele kreative Ideen wurden genutzt, um Bewusstsein zu wecken und Geld zu sammeln. Die Aktivitäten schlossen die Produktion eines gigantischen “Friedensteppichs” mit ein, der ein sehr anrührendes Bild zeigte, das den “Austausch von Waffen gegen Nahrung” darstellte. Es gab auch einen Fastentag, Friedenskettens aus Münzen, die für die Kampagne gespendet wurden, Kuchenverkauf, gesponsortes Autowaschen, ein basketball-Marathon und sogar ein Babymützenwettbewerb, alle von den Schülern durchgeführt, um die Zielzahl von 21.000 zu erreichen. Als zusätzlichen Anreiz bot Afri einen Besuch bei den Vereinten Nationen von New York für die Schüler einer der teilnehmenden Schulen an.

Das Geld wurde dann von einem Komitee erfahrener Leute auf Projekte in Irland und auf der ganzen Welt verteilt. Es wurden Projekte unterstützt in Peru, Kenia, Mauritius, Indien, Sierra Leone, Brasilien, Pakistan, Haiti, El Salvador und auch in Dublin und eine kleine Spende ging zum 100. Geburtstag an das Internationale Friedensbüro. Wir

wiederholten die Kampagne in den späten 90er Jahren und werden das auch in Zukunft machen, und die Zahlen entsprechend anpassen. Afri hat aber kein Patent auf diese Idee, und wir würden andere Menschen und Gruppen willkommen heissen, die Idee aufzunehmen und sie umzusetzen.

AFRI, 134 Phibsborough Road, Dublin 7, Ireland.

Tel: *353 (0)1 882 7563/7581 Fax: *353 (0)1 882 7576, e-mail: afri@iol.ie

<http://www.afri.ie/>

2. Aotearoa Anwälte für den Frieden – Neuseeland Superfonds und Atomwaffenfirmen

Der Norwegische Pensionsfonds hat letzthin Geld aus einer Anzahl von Unternehmen aus ethischen Gründen aus seinem Portfolio von Investitionen zurückgezogen, im Einklang mit den *Prinzipien der Vereinten Nationen für verantwortliche Investitionen*. Dies schliesst Firmen ein, die in die Produktion von Atomwaffen und Streubomben verwickelt sind, die zu bedeutenden Umweltschäden beitragen oder Menschenrechte oder Arbeitsrecht verletzen.

Der Neuseeländische Pensionsfonds ist ebenfalls ein Unterzeichner der *Prinzipien der Vereinten Nationen für verantwortliche Investitionen* und hat sich letzthin aus einer Reihe von Firmen zurückgezogen, wegen ihrer Verwicklung in die Produktion von Antipersonenminen und der Verarbeitung von Walffleisch.

Es gibt aber eine Anzahl von Firmen, die in die Produktion und Lieferung von Atomwaffen und in die Produktion von Streubomben verwickelt sind, aus denen sich der Norwegische Pensionsfonds zurückgezogen hat, die aber im Portfolio des Neuseeländischen Pensionsfonds verblieben sind. Die Herstellung und die Entwicklung dieser Waffensysteme widerspricht der Politik Neuseelands. Das Neuseeländische Gesetz über eine atomwaffenfreie Zone, Abrüstung und Waffenkontrolle von 1987 verbietet nicht nur die Herstellung, den Besitz und die Kontrolle über Atomwaffen, sondern verbietet es jeder Person – natürlich oder juristisch, einer anderen Person dabei zu helfen, sie zu begünstigen oder ihr dazu zu verhelfen, Atomwaffen herzustellen, zu erwerben, zu besitzen oder Kontrolle über sie auszuüben. (Sektion 5 (2) b).

Germäss *des Profils des Neuseeländische Pensionsfonds* ist der Fonds eine « Körperschaft der Krone ». Es fällt also unter Sektion 5 (2). Von den Firmen, die im Superfonds aufgelistet sind, wäre Lockheed Martin, der Vorzugsvertragsnehmer der Sandia Nationallaboratorien, einem von der US-Abteilung für Energie finanzierten Ingenieurs- und Designlabor, diejenige, die am meisten in die Produktion von Atomwaffensprengköpfen verwickelt ist. Die Firma hat auch einen grösseren Vertrag mit dem Testgelände von Nevada, um “subkritische” Tests für neue Atomwaffenentwürfe auszuführen. Lockheed Martin ist hauptsächlich ein Waffenproduzent, und ungefähr 80% seines Einkommens resultieren aus militärischen Verträgen. Das Geld, das der Superfonds in Lockheed Martin investiert hat, würde also Waffenproduktion inklusive Atomwaffenprogramme unterstützen. Lockheed Martin ist auch tief in Lobbying für

Atomwaffen und Verteidigungsprogramme im US-Kongress verstrickt, und hat allein im Jahr 2000 3 Millionen US Dollar für Kongresskampagnen beigesteuert. Lockheed Martins Arbeit zu Atomwaffen und seine andere Verteidigungsarbeit kann auf seiner Webseite www.lockheedmartin.com eingesehen werden.

Einige andere Firmen im Portfolio des Neuseeland Superfonds - wie Boeing, Northrop Grumman, und BAE – stellen zusammen mit Lockheed Martin Atomwaffenabschuss- und Atomwaffenkontrollsysteme her. Es ist möglich, dass auch das nicht mit der Sektion 5 (2) b übereinstimmt. Atomwaffenabschussysteme wie Interkontinentalraketen, strategische Atom-U-Boote, Unterwasserraketen und Atomwaffenkontrollsysteme könnten unter die Klausel “oder Kontrolle über sie auszuüben” fallen. Man muss ausserdem festhalten, dass in vielen Waffenkontrollverträgen Atomwaffenabschussysteme als integraler Teil von Atomwaffen behandelt werden. Zumindest gibt es einen ethischen Grund für den Neuseeland Superfonds, sein Geld aus jeder Firma herauszuziehen, die in die Entwicklung, das Testen und die Herstellung von Atomwaffenabschuss- und Atomwaffenkontrollsysteme involviert sind.

Aotearoa Lawyers for Peace

*Pacific Office of the International Association of Lawyers Against Nuclear Arms,
www.ialana.net*

*P.O. Box 23-257, Cable Car Lane, Wellington, Aotearoa-New Zealand
alyn@lcnp.org, www.peacelaw.org.nz*

Physical address: Centre for Global Action, Level 2, James Smith Building, 49-55 Cuba St, Wellington. Ph. +64 4 496-9629, Fax: +64 4 496-9599

3. CODEPINK, USA – Frauen für den Frieden

CODEPINK ist eine von Frauen gegründete Graswurzel-Bewegung für Frieden und Gerechtigkeit, die dafür arbeitet, den Irakkrieg zu beenden, neue Kriege zu verhindern, und unsere Ressourcen in die Gesundheitsversorgung, Bildung und andere lebensbejahende Aktivitäten umzuleiten. Wir lehnen die auf Furcht basierende der Bush-Administration ab, die Gewalt rechtfertigt, und rufen stattdessen zu einer Politik auf, die auf Mitleid, Güte und dem Respekt vor dem internationalen Recht basiert. Mit einer Betonung auf Freude und Humor versuchen die CODEPINK-Frauen und Männer eine Gemeinschaft von Friedensaktivisten durch kreative Kampagnen und Engagement für Gewaltfreiheit zu aktivieren, zu vergrössern und zu inspirieren.

Der Anfang:

CODEPINK entstand und wurde national führend durch Proteste gegen den einseitigen Schlag gegen den Irak. Medea Benjamin, Starhawk, Jodie Evans, Diane Wilson und ca. 100 andere Frauen starteten diese neue Fraueninitiative am 17. November 2002. Sie marschierten durch die Strassen von Washington D.C. und hielten 4 Monate lang eine Mahnwache vor dem Weissen Haus ab. Der Name CODEPINK spielt auf das auf Farben basierende Warnsystem des Heimatschutzes an, das terroristische Bedrohungen signalisiert. Während Bushs farbkodierte Alarmmeldungen auf Furcht basieren, basiert

der CODEPINK-Alarm auf Mitleid und ein starker Aufruf an Frauen und Männer, "Frieden zu wagen". Um den 8. März herum, dem Internationalen Frauentag, halten sie täglich und ganztägig eine Friedensmahnwache vor dem Weissen Haus ab. Die Mahnwache der Frauen inspirierte Menschen aus allen Lebensbereichen und aus dem ganzen Land, für Frieden einzustehen. Viele Organisationen übernahmen die Schirmherrschaft für einzelne Tage: Greenpeace, die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, WAND, Public Citizen, NOW; Women for Women International, Neighbors for Peace and Justice, und andere. Am 8. März feierte diese jetzt wachsende Bewegung Frauen als globale Friedensstifterinnen mit einer Woche voller Aktivitäten, einer Demonstration und einem Marsch, um das Weisse Haus in Rosa einzukreisen. Über 10.000 Menschen nahmen teil. Unter Ihnen: Alice Walker, Maxine Hong Kingston, Jody Williams, Susan Griffen, Amy Goodman, Rachel Bagby und viele andere.

Ein weltweites Netzwerk

Seit damals ist CODEPINK ein weltweites Netzwerk von Frauen und Männern geworden, die engagiert für Frieden und soziale Gerechtigkeit arbeiten. Es gibt über 250 aktive lokale Gruppen im Land und auf der Welt. Einige Gruppen haben 10 Teilnehmer, andere über 100. Jede Gruppe agiert autonom und wählt bedeutsame Kampagnen und Aktionen für ihr eigenes Gemeinwesen, während sie Vorschläge, Aktionsideen und Unterstützung vom nationalen Team bekommen. Jede Gruppe träumt ihren eigenen Traum und entwirft ihr eigenes Schema: einige Gruppen besetzen Brücken, andere geben rosa Blumen aus, denen Friedensbotschaften angeheftet sind.

Das nationale CODEPINK -Team dient dazu, die lokalen Gruppen mit dem internationalen Netzwerk von globalen Friedensstiftern zu verbinden. Indem sie eine Kontakt-Email-Adresse auf ihrer lokalen Webseite platzieren, werden lokale Gruppen für die in ihrem Gebiet zugänglich, die sich einmischen wollen. Die nationale Organisation versorgt Gruppen auch mit einer Auswahl von Waren, um die Sichtbarkeit zu steigern: rosa Halstücher, Anstecker, Stossstangenaufkleber und T-Shirts. Sie versorgen lokale Gruppen auch mit Organisationstips, übergreifenden nationale Kampagnen und Initiativen in dem wöchentlichen CODEPINK Rundbriefen, die per Email ausgesendet werden. Wenn eine lokale Gruppe einmal losgelegt und Rae Aibileah, die Koordinatorin für Lokales, kontaktiert hat, erhalten sie Briefe von der lokalen Koordination, die helfen, verschiedene Kampagnen und Strategien und verfeinern und zu unterstützen. Durch Anklopfen beim Netzwerk koordinieren CODEPINKer ihre Energien und Anstrengungen. Mehr als 150.000 Menschen bekommen im Moment den wöchentlichen CODEPINK Rundbrief.

Neben ihren Graswurzel-Aktivitäten innerhalb des Staates sind die CODEPINK-Frauen in den Irak gereist, wo sie halfen, das Occupation Watch Center (Besetzungsbeobachtungsbüro) zu gründen. Mit-Begründerin Gael Murphy hatte eine Schlüsselstellung in der Entwicklung der internationalen Koalition von Organisationen. Die erste CODEPINK-Frauenfriedensdelegation ging im Februar 2003 in den Irak. Wir haben seitdem vielfach Delegationen in den Irak, nach Jordanien, Iran und Afghanistan gesandt, um humanitäre Hilfe zu leisten und diplomatische und menschliche Kontakte

aufzubauen. Bitte sehen Sie unter der Abteilung Past Actions auf unserer Webseite, wenn Sie mehr Informationen über die Reisen von CODEPINK haben wollen.

Und die Geschichte geht weiter: schliessen Sie sich an: www.codepink4peace.org

4 Globale Kampagne zu Artikel 9 – Japan

- 1) Ehrlich auf einen internationalen Frieden, der auf Gerechtigkeit und Ordnung basiert, hoffend, lehnt das japanische Volk den Krieg als souveränes Recht der Nation und die Drohung mit oder den Gebrauch von Gewalt als Mittel, internationale Streitigkeiten beizulegen, für immer ab.
- 2) Um das Ziel des vorgehenden Paragraphen zu erreichen, werden nie Land-, See- und Luftstreitkräfte wie auch anderes Kriegspotential unterhalten werden. Das Recht auf die Kriegsfähigkeit des Staates wird nicht anerkannt.

Artikel 9 der japanischen Verfassung wurde 1946, direkt nach dem 2. Weltkrieg, verfasst. Vor und während des Krieges kolonisierte Japan die koreanische Halbinsel, Taiwan und die Inseln im Pazifik und marschierte in China und anderen Ländern der asiatisch-pazifischen Region ein. Japan ist verantwortlich dafür, den Menschen in Asien grossen Schaden zugefügt zu haben, unmenschliche Taten und Grausamkeiten eingeschlossen wie Zwangsarbeit, Genozid, Experimente mit Menschen und “Trostrfrauen” (Sexsklaven). Man sagt, 20 Millionen Menschen sind ihm zum Opfer gefallen. Gleichzeitig verloren in Japan ungefähr 3 Millionen Menschen, viele von ihnen Zivilisten, ihr Leben in den Luftangriffen, dem Bodenkrieg in Okinawa, und durch den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki.

In der Erklärung von Potsdam (Juli 1945), die Japan am Ende des Krieges akzeptierte, wurde bestätigt, dass der japanische Angriffskrieg verkehrt war. Artikel 9 wurde zur Gesetzgebung in dem Verständnis, dass es die effektivste Methode, zu garantieren, dass Japan nie wieder einen Krieg beginnen würde, wäre, keinerlei Kriegspotential zu besitzen.

Artikel 9 wurde zum Gesetz im tiefen Nachdenken über Japans Angriffskrieg und Kolonialherrschaft. Daher ist Artikel 9, die Ablehnung des Krieges und das Verbot, jegliches Kriegspotential zu besitzen, Japans Versprechen und Schwur für die Völker von Asien, des Pazifik und der Welt, niemals mehr seine Fehler zu wiederholen.

Überdies muss Japan, um seine Kriegsverantwortlichkeiten zu erfüllen, volle Entschädigung für seine Vergangenheit leisten und sich bei den Opfern in Asien entschuldigen. Es ist das Geringste für Japan, seine Verantwortlichkeiten zu erfüllen, indem es seinen Schwur aufrechterhält, niemals mehr einen Krieg zu beginnen. Wir glauben, dass dafür und um zu seinem Versprechen an die Menschen in Asien, dem Pazifik und der Welt zu stehen, Japan den Artikel 9 aufrechterhalten und auf ihn bauen muss.

Nach dem Ende des Krieges baute Japan Selbstverteidigungskräfte (SDF) auf. Artikel 9 erlaubt den Unterhalt von keinerlei Kriegspotential und verbietet Japan jegliches Militär. Trotzdem werden die SDF weiter ausgebaut, und Japans Militärausgaben gehören zu den höchsten in der Welt.

Einige kritisieren, dass der Artikel 9 in Wirklichkeit nicht eingehalten wird. Aber es ist auf der anderen Seite wahr, dass Artikel 9 die weitere Militarisierung Japans verhindert hat. Ebenso hat Artikel 9 der SDF nicht erlaubt, Krieg ausserhalb Japans zu führen. Sogar während des Irakkriegs konnte Japan, trotz der Entwendung von SDF in den Irak unter US-Forderungen, keine militärische Gewalt ausüben.

Darüberhinaus basiert vieles in Japans Politik und seinen pazifistischen Grundsätzen auf Artikel 9. Die Drei Grundsätze zu Waffenexport z.B., die allgemein den Export von Waffen verbieten, sind ein progressives Prinzip, das in der Welt keinen Präzedenzfall hat. Das Prinzip der ausschliesslich zur Verteidigung bestimmten Verteidigung und die Interpretation, die Japan nicht erlaubt, sein Recht auf kollektive Selbstverteidigung auszuüben, sind ebenfalls aufrechterhalten worden. Japan hat, mit seiner Erfahrung von Hiroshima und Nagasaki, auch Drei Atomfreie Prinzipien, die den Besitz, die Produktion und Import von Atombomben verbieten. Diese verschiedenen Prinzipien haben eine wichtige Rolle gespielt in der Etablierung von vertrauensvollen Beziehungen zwischen Japan und den Völkern von Asien und dem Pazifik und zur internationalen Gesellschaft.

In anderen Worten, Japans Artikel 9 ist nicht nur eine Bestimmung im japanischen Gesetz, sondern fungiert als internationaler Friedensmechanismus, der Krieg und Wettrüsten einschränkt. Die UN-Charta ruft, und das ist ihr Prinzip, zur friedlichen Lösung von Konflikten auf, und Artikel 26 sagt, dass nur ein Minimum der Ressourcen der Welt für militärische Zwecke eingesetzt werden sollte. Japans Artikel 9 stärkt dieses Prinzip der UNO. Jegliche Revision oder Abschaffung des Artikel 9 verbindet sich mit dem Verlust der oben erwähnten Prinzipien und damit, schwerwiegende Bedenken über die Sicherheit der asiatisch-pazifischen Region heraufzubeschwören, speziell Nordostasiens, und hat schwerwiegende Folgen für den Frieden und die Sicherheit auf der Welt.

“Artikel 9 der japanischen Verfassung war der Grundstein für die kollektive Sicherheit der gesamten asiatisch-pazifischen Region.” (Von der Global Action Agenda for the Global Partnership on the Prevention of Armed Conflict (GPPAC), dem UN-Generalsekretär unterbreitet im Juli 2005)

*<http://www.article-9.org/en/>
article-9@peaceboat.gr.jp*

5 Waffenstillstandskampagne – Südafrika

- eine Kampagne für Frieden in Südafrika und im südlichen Afrika
- eine Kampagne dafür, dass mehr für die Grundbedürfnisse der Menschen und weniger für Kriegswaffen ausgegeben wird
- eine Kampagne für Abrüstung und internationalen Widerstand gegen den Krieg
- eine Kampagne für Demilitarisierung

Seit dem Entstehen einer demokratischen Ordnung in Südafrika, die in Frieden und Harmonie mit ihren Nachbarn leben möchte, gibt es keine Ausflucht mehr, die massive Militärausgaben zulässt. Wir brauchen keine grosse Armee aufrechterhalten und keine Waffenindustrie, die in riesigem Masse Ressourcen auf Kosten der Grundbedürfnisse der Bevölkerung absorbiert.

Global gibt es eine Bewegung, weniger Geld für Militär auszugeben, eine Anerkennung dessen, dass Konflikte am besten nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden, und ein grösseres Verantwortungsgefühl für unseren Planeten mit seinen beschränkten Ressourcen.

Die Waffenstillstandskampagne versucht ein Teil dieser globalen Bewegung in Südafrika zu sein. Es ist eine freiwillige Vereinigung von besorgten Südafrikanern, die eine Kampagne starten, um ein öffentliches Bewusstsein von den Gefahren des fortgesetzten Militarismus in Staat und Gesellschaft zu erzeugen.

Die Mitgliedschaft in der Waffenstillstandskampagne steht jedem offen, der mit unseren Zielen übereinstimmt.

Für mehr Einzelheiten und information über laufende Aktivitäten, rufen Sie bitte das Büro an.

Die Ziele von **Waffenstillstand** sind:

Zu Abrüstung und Frieden in Südafrika und im südlichen Afrika beizutragen und wenn möglich, in breitem Umfang. Dafür will **Waffenstillstand**:

- Glaubwürdige und legitime Initiativen mit ähnlichen Zielen, national wie international, unterstützen
- Für die Demilitarisierung der Gesellschaft arbeiten
- Für die Reduktion und mögliche Abschaffung der Waffenindustrie in Südafrika arbeiten, und für die Reduktion und letztliche Abschaffung der Teilnahme Südafrikas am internationalen Waffenhandel

Die Aktivitäten von **Waffenstillstand** beinhalten:

- Kampagnen
- Lobbying
- Netzwerken
- Forschung und Informationssammlung
- Verbreitung von Informationen

*Ceasefire Campaign, P.O. Box 31740, Braamfontein, 2017, Johannesburg.
S. Africa Tel: (+27-11) 403-5315, Fax: (+27-11) 339-7863*

6 Christian Aid, Grossbritannien- Schulkinderstreik Downing Street 10 !

Vor dem UN-Gipfel zu Kleinwaffen im Sommer 2006 bekamen Grundschul Kinder die Möglichkeit, ihre Gedanken über Gewehre auszudrücken. Es waren junge Schüler der Pilgrim Way Schule in London. Die Schulkinder und Ihre Lehrer reichten eine Petition, die von 4.000 Kindern unterzeichnet war, in der Downing Street 10 ein.

Die Kinder waren begeistert von ihrer Aktion und hatten sogar aus ihren alten Spielzeugpistolen eine Friedenstaube gebastelt. Ihre Lehrerin, Joanne Farguhar, sagte "Die Kinder haben gelernt, dass, wenn du einmal jemanden verletzt hast, hast du ihn verletzt – da gibt's kein Zurück. Der sechste Jahrgang wird nun die Taubenskulptur durch alle Klassen in der Schule mitnehmen und Workshops organisieren." Sie sagte auch, dass die Kinder wahrscheinlich viel strikter bezüglich Waffenkontrollen sein würden als die Erwachsenen, wenn sie den Auftrag dazu hätten. Kinder tendieren dazu, ehrlicher zu sein und direkt zum Zentrum der Sache vorzustossen. Sie können einfach nicht begreifen, wie Erwachsene es zulassen, dass Gewehre produziert und verkauft werden, während sie Frieden schaffen wollen.

Ein Kind, das daran beteiligt war, die Petition einzureichen, sagte "Es war wirklich aufregend, die Petition zu der Tür mitzunehmen. Ich denke, Tony Blair sollte mir zuhören, weil ich ein Kind bin." Die Kinder hatten aber Probleme, Nummer 10 mit ihrer Skulptur zu erreichen, wegen der Sicherheitsmassnahmen. Es waren vielleicht die Spielzeuggewehre, die die Wachen erschreckten!

Ein anderes Kind brachte zum Ausdruck, " Blair sollte alle Waffengeschäfte schliessen, und dann könnten die Leute keine Gewehre mehr bekommen." Die Taubenskulptur wurde in der Schule ausgestellt, und die Schüler warten auf die Reaktion des Premierministers.

*Christian Aid: PO Box 100, London SE1 7RT, call 020 7620 4444 or email
info@christian-aid.org.
<http://www.christianaid.org.uk/>
Story from: <http://www.abolishwar.org.uk/news6.pdf>*

7 DFG-VK, Bayern, Deutschland –

Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa

Politische Aktivisten aus ganz Deutschland trafen sich im Sommer 2006 in München für eine Fahrradtour, organisiert vom Deutschen Zweig der War Resisters International, der DFG-VK, um für Frieden und Abrüstung zu demonstrieren. Auf ihrer 9-Tage-Tour besuchten sie Standorte der Bundeswehr und lokaler Waffenindustrie in Bayern und Badenwürttemberg. Ein Höhepunkt war die Zerstörung von Gewehren vor dem Gewehrhersteller Heckler und Koch in Oberndorf. Die Reaktionen waren feindlich: interessierte Leute und Berichte in Lokalzeitungen, immer mit Foto und Friedensslogan, auch im Lokalradio und -Fernsehen.

Die Fahrradtour:

- Wirbt für Schritte in Richtung auf Abrüstung und eine zivile Auslands- und Sicherheitspolitik
- Wirbt für ein atomwaffenfreies Europa, zusammen mit den Bürgermeistern für Frieden
- Verlangt eine stetige Verringerung der Militärausgaben und eine Konversion von militärischen auf zivile Produkte
- Wendet sich gegen Waffenexport
- Versucht mit den Menschen zu reden, die für die Waffenindustrie arbeiten
- Besucht Bundeswehrstandorte
- Sammelt Unterschriften für "Schritte zur Abrüstung"
- Macht die Kampagnenadresse www.schritte-zur-abruistung.de sichtbar

Die lokalen Medien honorierten den lokalen Aspekt: von den lokalen Bürgermeistern empfangen zu werden, besonders von den Mitgliedern von "Bürgermeistern für den Frieden" (Memmingen, Wangen, Friedrichshafen, Überlingen, Tübingen). Die Aktivisten versuchten die Leute in Diskussionen über Atomwaffen, allgemeine Abrüstung, geringere Militärausgaben und Konversion von Waffen in zivile Produkte zu verwickeln. Es wurden Informationstände gemacht und Material verteilt: 3500 Flugblätter (Jeder Euro, der für Waffen ausgegeben wird, kommt aus Ihrer Tasche) und 600 Friedenskekse wurden ausgegeben. Während der Tour wurden zwei Mahnwachen abgehalten, vor dem Büro der « European Aeronautic Defense and Space Company » (EADS), der grössten Waffenfirma Europas, in Ottobrunn/München, und vor dem EADS-Standort Immenstadt/Bodensee. An die Arbeiter der Firma MTU in Friedrichshafen wurden Flugblätter verteilt.

<http://www.dfg-vk.de/bayern/pdf/pax-an-2006-2.pdf>

8 Europäisches Netzwerk gegen Waffenhandel – Keine Exportkredite für Waffenhandel

Die Unterstützung von Exportkreditagenturen für den Waffenexport sollte gestoppt werden. Ihre ganze Politik sollte öffentlicher Überprüfung zugänglich sein. Hier einige Vorschläge:

"Das perverseste Geheimnis der Globalisierung" sind sie einmal genannt worden. Exportkreditagenturen (ECAs) sind für den grössten offiziellen Geldfluss in

Entwicklungsländer und die grösste Quelle der Schulden von Entwicklungsländern verantwortlich. Trotzdem haben nur wenige Leute von ihnen gehört, ganz zu schweigen davon, dass man weiss, was sie tun. Exportkreditagenturen sind oft daran beteiligt, den Export von Waffen und militärischer Ausrüstung finanziell zu unterstützen, sogar in Länder, in denen Krieg herrscht. Dank der Unterstützung von ECAs werden teure britische und schwedische Flugzeuge trotz des Widerstands der südafrikanischen Zivilgesellschaft an Südafrika verkauft. Saddam Hussein war in der Lage, seinen Atombunker zu bauen und seine Scud-Raketen weiter zu entwickeln, und niederländische Marinetanker, teurer als 10 Jahre Entwicklungshilfe, werden an Indonesien verkauft werden.

Nach einer groben Schätzung sind zwischen 20 und 30 Prozent der allgemeinen von Regierungen unterstützten Exportkredite für militärische Ausrüstung. Durch die Unterstützung von ECAs wird das Risiko des Waffengeschäftes vom Steuerzahler getragen, was Waffenexporte profitabler und attraktiver für die Waffenindustrie macht.

Für das Europäische Netzwerk gegen Waffenhandel (ENAAAT) ist der von Regierungen finanziell unterstützte Waffenhandel nicht akzeptabel. Warum sollten öffentliche Gelder den Fluss von Waffen in Entwicklungsländer unterstützen und zum Risiko von Unterdrückung, bewaffneten Konflikten und Terror beitragen? Warum sollte öffentliches Geld Waffengeschäfte unterstützen, die zur Schuldenlast von Ländern beitragen, die es sich nicht leisten können, alle ihre Kinder zur Schule zu schicken oder ein gutes öffentliches Gesundheitssystem zu haben? Der Export geschieht oft, ohne die ethischen Aspekte zu bedenken wie Menschenrechte, Wohlfahrt und die Sicherheitssituation im Bestimmungsland.

Aufzudecken, was unbemerkt geschieht, ist ein wichtiger Teil der Arbeit der Exportkreditkampagne. Die ENAAAT Forschungsgruppe wird ein Papier veröffentlichen, das Licht wirft auf die Verbindungen zwischen: a) Waffenhandel und Entwicklung, b) Schulden und Militärausgaben, und c) Korruption und Waffenkäufe in 12 EU-Ländern. Die Fakten richtig zu sehen, ist ein erster Schritt dahin, diesen weithin unbekanntem Beitrag der öffentlichen Gelder zur globalen Verbreitung von Waffen anzupacken.

Die Strategien von Exportkreditagenturen können sich auf lokales, regionales, nationales oder internationales Niveau richten. Z.B. sind in manchen Ländern private Banken darin verwickelt, die Handhabung solcher Strategien zu erleichtern. Das eröffnet eine Reihe von Konsumentenaktionen auf kommunaler Ebene.

Was wir gerade machen, ist Kontakte mit ECA-Watch (das schon eine Email-Liste zu ECAs und Waffen angefangen hat) zu etablieren, Kampagnen zu Finanzen und Waffenexporte (Banco Armata, Netzwerk Flandern, Niederländische Kampagne gegen Waffenhandel) und ein höheres Profil der ECAs in den Aktivitäten von ENAAAT (als ein Netzwerk und durch nationale Organisationen) anzustreben.

Nachdem der Bericht der ENAAAT-Forschungsgruppe veröffentlicht ist, Anfang 2007, werden wir einen Überblick zusammenstellen über Aktionen, und was wir daraus gelernt

haben, was gebraucht wird und wer es zur Verfügung stellen kann, gemeinsame Aktivitäten und Positionen.

Sehen Sie bitte:

- Flugblatt: “Exportkreditagenturen finanzieren den Waffenhandel. Ein Aktionsaufruf: Was kann man tun?” (Juli 1006)
- “Exportkreditagenturen und die Finanzierung des Waffenhandels”, Marijn Peperkamp, Niederländische Kampagne gegen den Waffenhandel (16. Juni 2006)

<http://www.enaat.org/>

9 Globale Allianz für Ministerien und Abteilungen des Friedens – Eine Vision für die Zukunft

In der letzten Zeit sind wir Zeugen des Heranwachsens einer Bewegung geworden, Friedensministerien auf der ganzen Welt zu schaffen. Einer der Zwecke solcher Regierungsabteilungen ist, eine neue Herangehensweise zur Abschaffung des Krieges einzuführen. Das würde eine wesentliche Infrastruktur aufbauen, um die tiefliegenden Wurzeln der Gewalt anzugehen und effektive, praktische Methoden friedvoller Beziehungen auf nationaler und internationaler Ebene zu verstärken.

Die Globale Allianz wurde auf dem ersten Volksgipfel für Friedensministerien 2005 in London gestartet, mit der Absicht, Kampagnen auf nationaler Ebene, Friedensministerien in Regierungen auf der ganzen Welt zu schaffen, zu unterstützen. Diese Ministerien würden sowohl im Bereich der auswärtigen Beziehungen als auch innerhalb des Landes operieren. Die Arbeit im Ausland würde das Beobachten der Weltszene auf Anzeichen von Konflikten einschliessen und geeignete vorbeugende Massnahmen in Partnerschaft mit anderen Nationen und Weltorganisationen, Hilfe mit gewaltfreien Lösungen bei existierenden Konflikten, und Unterstützung bei Rehabilitations- und Versöhnungsarbeit nach dem Ende von Kriegen. Die Arbeit im Inland würde einschliessen, eine Kultur des Friedens auf allen Ebenen der Gemeinschaft zu fördern, indem Konflikte zuhause, am Arbeitsplatz, in der Schule und in allen Bereichen der Regierung transformiert werden.

Die Initiative bemüht sich, Gerechtigkeit und demokratische Prinzipien zu fördern, um Menschenrechte und die Sicherheit von Personen und ihren Gemeinschaften zu vergrössern, im Einklang mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, anderen verbundenen UN-Verträgen, Konventionen und der Erklärung und dem Aktionsprogramm für eine Kultur des Friedens (1999); die Abrüstung zu fördern und nicht-militärische Wege der Friedensschaffung zu stärken; die Entwicklung friedlicher Initiativen von lokalen Gemeinschaften, Glaubensgruppen und Nichtregierungsorganisationen und die Bildung ziviler gewaltfreier Friedenstruppen zu ermutigen; die Entwicklung von Friedens- und Versöhnungsgipfeln zu ermöglichen, um gewaltfreie Kommunikation und wechselseitig günstige Lösungen zu fördern. Die Vision ist die einer Welt, in der Frieden, Toleranz und Gerechtigkeit herrschen, innerhalb der Nationen und

zwischen den Nationen. In der alle ethnischen, rassischen und religiösen Unterschiede willkommen sind, in der territoriale, kulturelle und Menschenrechte geachtet werden, und in der nationale und internationale Strukturen geschaffen werden, um diese Rechte zu sichern.

Die Initiative besteht zur Zeit aus 23 Ländern, von denen 12 aktive Kampagnen haben oder hatten. Die Solomon-Inseln haben bereits ein Ministerium für Frieden und Einigkeit geschaffen, und Nepal etablierte sein Ministerium des Friedens und der Rekonstruktion im März 2007.

Die Bewegung für ein US-Ministerium für Frieden

In den USA ist zur Zeit ein Friedensministerium in der Gesetzgebung im Kongress vorgeschlagen, unterstützt von Kongressmitgliedern. Allerdings ist das nicht das erste Mal, dass ein ähnlicher Vorschlag vorgetragen wurde. Bereits 1792 anerkannte Benjamin Rush die Notwendigkeit einer solchen Institution. Von diesem Ausgangspunkt aus sind über 100 Vorschläge vorgelegt worden, aber alle sind abgelehnt worden. Die US-Regierung scheint nicht willens, Frieden in der föderalen Regierung zu institutionalisieren. 2003 sah das erneute Heranwachsen einer aktiven Kampagne für ein Friedensministerium, heute sind alle 50 Bundesstaaten in den Prozess, diese Vorlage zu bestätigen, eingebunden. Die begleitende Studentenkampagne wurde im März 2006 gestartet und ist in 30 Universitäten im ganzen Land aktiv. 20 Stadtparlamente haben die Gesetzgebung gebilligt, eingeschlossen grosse Städte wie San Francisco und Chicago.

Uganda

Im vom Krieg zerrissenen Uganda wird die Kampagne für ein nationales Friedensministerium als Teil einer Uganda-Friedensstiftung vorangetrieben. Die vorrangigen Funktionen eines Ministeriums hier wären, national Frieden und Sicherheit zu fördern, eine Kultur des Friedens, Gewaltfreiheit in der Bevölkerung, nachhaltige Entwicklung und das Verständnis, die Toleranz und Solidarität unter seinen Völkern zu voranzubringen. Uganda ist seit seiner Unabhängigkeit 1962 zerrissen von internen und externen Konflikten. Die Organisation hält die Etablierung eines Friedensministeriums für wesentlich für ein gemeinsames Verständnis von gewaltfreier Konfliktlösung und Friedensschaffung. Die Kampagne wurde 2005 vor dem Volksgipfel in London als nationale strategische Säule der Fürsprache gestartet. Bis jetzt bestand ein grosser Teil der Arbeit darin, Strategien zu entwerfen und die Kampagne zu entwickeln, aber die Initiative hat bereits von Politikern innerhalb und ausserhalb der Regierung, inklusive parlamentarischer und friedensschaffender Organisationen, Unterstützung bekommen. UPFI bemüht sich, die Aktion zu konsolidieren.

<http://www.mfp-dop.org/index.php>

Zivilgesellschaftsmonitoring von Verteidigungsausgaben⁸

Die guatemalteckischen Friedensverträge von 1996 empfahlen eine Reduktion des Militärpersonals und des militärischen Budgets, das 0,67% des BSP nicht übersteigen sollte, ein Level, das im Jahr 2000 erreicht wurde. Die UN-Mission nach Guatemala fand aber heraus, dass wegen grösseren Budgetmanipulationen in Wahrheit weder eine Verringerung der Streitkräfte stattgefunden hatte noch des Militärbudgets.

Von 2002 an wurde die Herausforderung, die Implementation und den Follow-Up der Friedensverträge zu fördern, von der Zivilgesellschaft aufgenommen, und im Besonderen von der Menschenrechtsorganisation Grupo de Apoyo Mutuo (GAM) und dem Centro Internacional para la Investigacion en Derechos Humanos (CIIDH). Mit Unterstützung durch das Zivilgesellschaftsbeteiligungsprogramm der UNDP wurde 2002 ein Projekt geschaffen, um die Verteidigungsausgaben in Guatemala zu beobachten und zu analysieren, mit dem Ziel die Implementation der Friedensverträge in dieser Hinsicht in Frage zu stellen und eine Neuorientierung des nationalen Budgets in Richtung auf soziale Entwicklung zu fördern. Das Projekt kam ins Leben durch die Verfügbarkeit eines web-basierten Zugangs zum nationalen Budget, gestartet vom Finanzministerium (SIAF-Integriertes System für finanzielle Analyse) und durch die Beteiligung von Journalisten, lokalen Medien und kritischen Kongressmitgliedern.

Das Projekt, die Verteidigungsausgaben zu beobachten, wurde während der Fiskaljahre 2002 und 2003 initiiert, mit dem Ziel, Kongressmitglieder, die internationale Gemeinschaft und die Bürger im allgemeinen wegen den Unstimmigkeiten und dem Mangel an effektiver Kontrolle über die Ausgabenprioritäten zu alarmieren, und hat wichtige Informationen darüber enthüllt, wie fragwürdige Transfers stattgefunden haben. GAM und CIIDH wurden Spezialisten im Gebrauch der web-basierten Instrumente, die SIAF für Budgetanalysen zur Verfügung stellte, und Insiderkontakte in die Ministerien halfen mit Information und konnten Transaktionen bestätigen. Die Ergebnisse der Analyse wurden im Kongress verwendet, um Erklärungen vom Verteidigungsminister zu verlangen. Die Presse schliesslich machte die Analyse einem breiteren Publikum zugänglich.

2004 begann in Guatemala ein neuer positiver Trend, und schon 2005 stellte das Monitoring Team fest, dass das Verteidigungsministerium sich seiner Verpflichtung bewusst geworden war, die Bevölkerung zu informieren und dass das nationale Budget definitiv auf dem richtigen Kurs war, da soziale Budgets stiegen und das militärische Budget verringert wurde.

Der Fall von Guatemala illustriert klar, wie Organisationen der Zivilgesellschaft, wenn sie neue demokratische und transparente Mechanismen nutzen, mächtige Akteure sein können, vor allem in Allianz mit gewählten Funktionsträgern und investigativen Journalisten.⁹

⁸ Adapted from Hans Petter Buvollen, Civil Society Participation Program - PASOC, UNDP

⁹ More information at PASOC www.pasoc.org.gt

<http://www.gam.org.gt/>

11 Gruppe für eine Schweiz ohne Armee – Kampagne gegen Schweizer Waffenexporte

Die Schweizer Nichtregierungsorganisation GSoA/GSsA, die gegen die Aufrechterhaltung der nationalen Streitkräfte ist, hat eine Kampagne gegen Schweizer Waffenexporte gestartet. Als die Schweizer nationalen Zollbehörden die Zahlen der Waffentransfers 2006 veröffentlichten, betrug diese fast 400 Millionen Schweizer Franken (250 Millionen Euro), damit fast den Spitzenwert von 2004 erreichend. Die GSsA begann für ein Referendum über nationale Waffentransfers Ende 2006 Unterschriften zu sammeln und bemüht sich, bis zum 21. September annähernd 125 000 Unterschriften zu erreichen, dann sollen sie an die föderalen Behörden in Bern übergeben werden. Sie werden wahrscheinlich ihre Erwartungen übertreffen, da sie bereits Ende Juli 130 000 Unterschriften zusammen hatten. Der Zweck der Kampagne ist es, auf der nationalen Neutralität zu bestehen und die Verantwortung der Regierung zu fördern. Heute ist die Inkohärenz der Schweizer Aussenpolitik frustrierend. Einerseits predigt die Schweiz Frieden und bezeugt ihre Neutralität. Andererseits trägt sie durch Waffenexporte zum Krieg bei und profitiert davon wirtschaftlich. Mehr als die Hälfte aller Exporte 2006 gingen in Zielzonen des internationalen “Krieges gegen den Terrorismus”, z.B. nach Afghanistan und in den Irak. Indem sie zu diesen Konflikten beiträgt, unterstützt die Schweizer Regierung Kriege um Ressourcen, anstatt alternative Lösungen zu finden. Die Schweiz hat auch Waffen an bekannte Menschenrechtsverletzer wie Saudi Arabien, Indien und Ägypten geliefert.

<http://www.materieldeguerre.ch/index.htm>

12 Netzwerk Flandern – Mein Geld. Reines Gewissen?

Eine erfolgreiche Kampagne gegen Investitionen in die Waffenindustrie.

Netzwerk Flandern, eine belgische Nichtregierungsorganisation für nachhaltige Investitionen, zeigt der Finanzwelt, was ihre Verantwortlichkeiten sind. Banken arbeiten mit unserem Geld. Sie investieren das Geld in verschiedene Firmen, eingeschlossen Firmen im militärischen Sektor. Wir verlangen, dass die Banken offen damit umgehen, welche Firmen sie finanzieren. Wir sind gegen Investitionen in die Waffenindustrie. Die Kampagne “Mein Geld. Reines Gewissen?”, die in enger Kooperation mit den Friedensbewegungen Vredesactie (Belgien), Friends of the Earth Flanders und Vrede (Belgien) geführt wird, hat zu grundlegenden Veränderungen in der Investitionspolitik von Banken geführt und zu grundlegender Gesetzgebung gegen Investitionen in Waffen. Das Kampagnenmodell wurde in anderen europäischen Ländern übernommen.

Wie wir die Dinge in Bewegung bringen

Netzwerk Flandern publiziert regelmässig einen Bericht, der finanzielle Verbindungen zwischen Banken und Waffenproduzenten enthüllt. Die Forschung hat finanzielle Datenbanken zur Grundlage und ist in Kooperation mit einem spezialisierten Forschungsbüro in den Niederlanden entwickelt worden. Diese Berichte provozieren starke Reaktionen in der Presse und bei Kunden, da sie meist nicht wissen, was die Banken mit ihrem Geld tun. Das setzt wiederum die Banken unter Druck, ihre Investitionspolitik zu ändern. Die Information über die Investitionen wird öffentlich gemacht durch Dokumentationen, Debatten, Pressekonferenzen, Webseiten, Rundbriefe und Aktionen vor Bankzweigstellen. Wir entwickelten eine ganze Reihe von kreativen Aktionsmethoden und Bildern, von Aktionen mit Petitionen, Strassentheater, Kunstprojekte, kritischen Fragen auf Jahreshauptversammlungen der Banken, bis zur Gründung einer "Bank", die bei Investitionen in die Waffenindustrie ehrlich und offen ist, und der Ausstrahlung von Fernsehanzeigen zu kontroversen Investitionen. Das Netzwerk diskutiert ausserdem direkt mit dem Management von Banken und redet mit interessierten Politikern über Gesetzgebung zu Investitionen in die Waffenindustrie. Für Bankkunden bieten wir eine kritische Analyse aller Finanzprodukte, die als "nachhaltig" vermarktet werden, und zeigen auf, welche Fonds sich tatsächlich von der Waffenindustrie fernhalten.

Banken entwaffnen

Einige finanzielle Institutionen haben unter dem Druck von Kampagnen und neuer Gesetzgebung von ihren Investitionsbeziehungen mit Waffenproduzenten getrennt. Das Ausmass, indem sie Waffenproduzenten ausschliessen, ist sehr verschieden, aber der allgemeine Trend ist, dass man sich bewusst wird, dass dieses Thema nicht länger vermieden werden kann. Es sind nicht nur die Banken, sondern auch die institutionellen Investoren, die zu ihrer Verantwortlichkeit stehen. Nach einer entlarvenden Dokumentation über ihre Investitionen haben sich diverse niederländische Pensionskassen dazu entschlossen, nicht länger in Streubombenproduzenten zu investieren. Der Norwegische Pensionsfonds der Regierung schliesst diese Waffneproduzenten ebenso aus.

Gesetzesinitiativen gegen Investitionen in die Waffenindustrie

Forschung über die Investitionen in die Waffenindustrie enthüllen, dass die Selbstkontrolle des finanziellen Sektors zu ungleichmässigen Resultaten führt. Daher braucht der Kampf gegen den Kapitalfluss in die Waffenindustrie stärkere internationale Regulierung und weitverbreitete nationale Gesetzgebung. Eine Regierung kann Investitionen durch die bei ihr ansässigen finanziellen Institutionen, die im Widerspruch zu ihren Prinzipien oder ihrer Politik stehen, einfach nicht zulassen. In den letzten Jahren gab es Anzeichen, dass einige Politiker diese Herausforderung angenommen haben.

Im Februar 2007, nach jahrelanger Kampagne des Netzwerkes Flandern, stimmte das belgische Parlament für ein Gesetz, dass jedes Investment in Streubomben und Landminenproduktion durch belgische Finanzinstitutionen verbietet. Das Gesetz besagt "Die Finanzierung einer belgischen oder ausländischen Firma, aktiv in Produktion,

Gebrauch, Reparatur, Angeboten, Verkauf, Auslieferung, Import, Export oder Lagerung von Streumunition im Sinne dieses Gesetzes ist auch verboten.” Das Gesetz beauftragt die belgische Regierung ebenso, eine Liste von Produkteuren von Streubomben zu erstellen. Belgien ist das erste Land, das Investitionen in Landminen und Streubomben verbietet.

Im Juli 2005 rief eine Resolution des Europäischen Parlamentes « die EU und ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, durch geeignete Gesetzgebung Finanzinstitutionen unter ihrer Gesetzgebung oder Kontrolle zu verbieten, direkt oder indirekt in Firmen, die in Produktion, Lagerung oder Transfers von Antipersonen-Minen und andere verwandte kontroverse Waffensysteme wie Streubomben verwickelt sind, zu investieren.” Diese Resolution bietet den perfekten Startpunkt für nationale Gesetzgebung gegen Investitionen in Waffenproduzenten und –händler in anderen europäischen Ländern.

Bring das in deinem Land voran!

Das Kampagnenmodell ist von verschiedenen europäischen Gruppen (Italien, Spanien, Niederlande und Frankreich) aufgenommen worden. Die Anfangsphase ist ziemlich einfach: bestelle einen Bericht über Investitionen “Deiner” Bank in der Waffenindustrie und versuche diese Information in der Presse publiziert zu bekommen. Dann mach es unter Kunden bekannt, durch Artikel, Anzeigen, Aktionen vor Bankfilialen, Petitionen etc. Du kannst die Informationen auch zu Politikern mitnehmen und sie bitten, dem belgischen Beispiel zu folgen und Gesetzgebung gegen (spezifische) Waffenproduzenten zu unternehmen. Du kannst Dich auf die EU-Resolutionen beziehen, um Deine Argumentation zu stärken. Und last but not least: nütze Deine eigene Macht als Kunde und übe Druck auf deine bank aus, diese Investitionen zu stoppen. Amnesty International Frankreich hat sich aus AXA zurückgezogen, nachdem die sich weigerten, ihre Investitionen in Landminen und Streubomben aufzugeben. Und vergiss nicht: gib niemals auf. Vier jahre Aktionen, Petitionen und alle Arten von öffentlichem Druck haben schliesslich zu einer Änderung der Axa-Politik geführt.

Netzwerk Flandern ist glücklich, seine Expertise und Erfahrungen mit jeder Organisation, die an diesem Thema arbeiten will, zu teilen.

Mehr Informationen bei:

Christophe Scheire : Christophe@netwerkvlaanderen.be

Inez Louwagie: Inez@netwerkvlaanderen.be

Netwerk Vlaanderen, Vooruitgangstraat 333/9,1030 Brussels.Belgium

+32 2 201 07 70

www.mymoneyclearconscience.be

13 Die Friedensstiftung, Aotearoa – Neuseeland

In Neuseeland haben wir einigen Fortschritt darin gemacht, Verbindungen zwischen Frieden, Abrüstung und Entwicklung zu fördern. Das IPB Programm *Nachhaltige Abrüstung für nachhaltige Entwicklung* war nützlich, um diese Arbeit zu unterstützen. Als IPB-Vizepräsident hatte ich die Möglichkeit, diese Kampagne im Besonderen durch unsere Verbindungen mit Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen zu fördern.

- **Council for International development (CID):** das ist die wichtigste Koalition von Entwicklungsorganisationen in Neuseeland. 79 Nichtregierungsentwicklungsorganisationen sind Mitglied. CID has sehr gute Verbindungen zur Regierung und zu Regierungsagenturen in der Politikentwicklung und in der Hilfsverteilung. Die Friedensstiftung – eine der Mitgliedsorganisationen des IPB in Neuseeland – ist ein Mitglied von CID und knüpfte die Verbindung zwischen Frieden, Abrüstung und Entwicklung und dem integralen Teil des CID-Programms. Der Ethikcode der CID, z.B. konstatiert, dass “Themen wie Gerechtigkeit, Frieden, Menschenrechte und der Schutz der Umwelt nicht von Entwicklung getrennt werden können.” Da CID diese Verbindung aufgegriffen hat, konnten wir finanzielle Unterstützung von CID bekommen, um zu internationalen Friedens- und Entwicklungsereignissen zu fahren, wie dem Weltfriedensforum, dem Weltsozialforum, der ICJplus10-Konferenz, der NPT-Überprüfungskonferenz und Abrüstungstreffen der Vereinten Nationen. Zusätzlich sind unsere Vorschläge zu Frieden und Abrüstung in CID-Dokumente aufgenommen worden und in CID-Beiträge zu Interregierungskonferenzen wie die der UN-Kommission zu nachhaltiger Entwicklung
- **Lass die Armut Geschichte werden:** das ist die wichtige öffentliche Bildungskampagne zur Ausrottung der Armut. Aktionen zu “Lass die Armut Geschichte werden” haben Zehntausende von Neuseeländern eingebunden, bekamen Medienaufmerksamkeit in der ganzen Nation (TV, Radio, Zeitungen..) und hatten eine Auswirkung auf die Regierungspolitik. Wir nutzten die IPB-Kampagne *Nachhaltige Abrüstung für nachhaltige Entwicklung*, um die Partnerorganisationen von “Lass die Armut Geschichte werden” über die direkte Beziehung zwischen Militarisierung und Armut aufzuklären. So ist eine wichtige Säule der “Lass die Armut Geschichte werden”-Kampagne der Aufruf zur Neuverteilung der Militärausgaben. Hier ist ein Ausschnitt von der “Lass die Armut Geschichte werden”-Webseite:

“Die Regierung von Neuseeland sollte sich für die Verringerung der weltweit exzessiven Militärausgaben einsetzen und für die Umverteilung dieser Fonds auf Sozialausgaben, die menschliche Bedürfnisse erfüllen. Unsere Welt war nie reicher, aber zu wenig vom Reichtum der Welt geht an die Menschen, die es am meisten brauchen. Die Geldsumme, die für Werkzeuge der Entwicklung ausgegeben wird, ist sehr gering, verglichen mit der Geldsumme, die für Werkzeuge der Zerstörung ausgegeben wird. Die globalen Militärausgaben letztes Jahr betragen 1 035 Milliarden US Dollar, ein Durchschnitt von mehr als 2,8 Milliarden US Dollar jeden Tag. Die offizielle Entwicklungshilfe betrug

2004 78,6 Milliarden US Dollar, das höchste Niveau, das jemals erreicht wurde, aber immer noch weniger als 8% dessen, was sich die Regierungen entschieden, für den Unterhalt und die Ausrüstung der Streitkräfte auszugeben. Der geschätzte Betrag von Hilfe, der nötig ist, um alle MDGs zu erreichen, ist geringer als 25 Tage der globalen Militärausgaben. Die Notwendigkeit für alle Regierungen, reich und arm, ihre Ausgaben neu zu gewichten, um für menschliche Sicherheit zu sorgen statt für militärische Sicherheit wurde von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen seit 1945 anerkannt, ist aber nicht in Praxis umgesetzt worden. Wenn es den Regierungen ernst ist, die Armut zu verringern, dann müssen sie jetzt handeln.”

Wir haben ausserdem erreicht, dass die Bildung über Abrüstung und Entwicklung als ein Schlüsselprogrammpunkt in die “Lass die Armut Geschichte werden”-Kampagne einbezogen wurde.

- **Zentrum für globale Aktion:** Um die Zusammenarbeit zu Friedens-, Entwicklungs- und Menschenrechtsinitiativen und Kampagnen zu verbessern, haben die wichtigsten Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen zusammen mit der Friedensstiftung im Januar das Zentrum für globale Aktion im zentralen Geschäftsbezirk von Wellington, Neuseelands Hauptstadt, geschaffen. Das Zentrum beherbergt Büros von Amnesty International, dem Council for International Development, dem Development Resource Centre, Oxfam NZ, der Friedensstiftung, Transparency International, United Nations Association NZ, UNICEF und UNIFEM.
- **Andere gemeinsame Programme:** Die Friedensstiftung kann das IPB-Programm *Nachhaltige Abrüstung für nachhaltige Entwicklung* in andere Programme einbringen, die gemeinsam mit ihren Partnern vom Zentrum für globale Aktion gestaltet werden, eingeschlossen das Programm *Schulen als Menschenrechtsgemeinschaften* und verschiedene Trainigsseminare wie *Gender und Entwicklung*.
- **Hilfspolitik der Regierung:** Die Friedensstiftung nutzte das IPB-Programm *Nachhaltige Abrüstung für nachhaltige Entwicklung*, um die Politik der Regierung von Neuseeland zu unterstützen und zu stärken, Frieden, Abrüstung und Entwicklung zu verbinden. Die Webseite von NZ Aid (Neuseelands Regierungshilfsagentur) stellt fest, dass “NZ Aid mit multilateralen Agenturen und Programmen arbeitet, die bestätigte und effektive Mittel zur Verfügung stellen, um Armut, Konflikt, Themen guter Regierungsführung und humanitäre Krisen weltweit anzusprechen.” So hat sich Neuseelands Hilfe zunehmend auf Abrüstung und Frieden konzentriert, inklusive das einsammeln der waffen auf den Solomon-Inseln, Entminung in Sri Lanka und zivile Konfliktlösung in Bougainville.

D.I.C.K. NZ Preis

Der Empfänger des diesjährigen D.I.C.K. NZ Preises war **Rakon Ltd-Auckland**. Rakon war bis Mai diesen Jahres eine Firma in Privatbesitz, die Quarzkristalloszillatoren

herstellte, die für GPS Systeme gebraucht werden und in Handys, Navigationssystemen und für "schlaue" Bomben. 2005 war Rakon Gewinner des Handels- und Unternehmensexportpreises (NZTE). Sie haben Unterstützung von der Regierung erhalten, inklusive eine 183 000 Dollar Technologie Neuseeland Beihilfe 1996 und eine 351 000 Dollar Technologie Neuseeland Beihilfe 2003/2004.

Letztes Jahr enthüllte der NZ Herald, dass Rakons Kristalloszillatoren an die US-Firma Rockwell Collins geliefert wurden, um sie in ihren Navigationsprodukten für Präzisionsraketen und Munitionssysteme einzusetzen. Rockwell Collins' Präzisionsmunitionsprodukte rüsten 90% aller taktischen Waffen des US-Verteidigungsministeriums aus, eingeschlossen Angriffsmunition, landgestützte Angriffsraketen, Tomahawk Raketen und kleine Diameter Bomben.

Als Antwort auf die Öffentlichkeit dazu gab Rakon eine Pressemitteilung heraus, "dass die Firma die kommerzielle Vertraulichkeit ihrer Verträge mit Kunden respektiere und nichts über den Endgebrauch, Ausrüstung oder Anwendungen, die von Kunden entwickelt werden, wusste". Rakon bekam den D.I.C.K. NZ Preis 2005 wegen ihrer Exporte an Rockwell Collins, und weil ihre Presseerklärung "ein erschreckendes Ausmass von Unverantwortlichkeit und oder Doppeldeutigkeit" enthüllte.

*Alyn Ware, Director - Wellington Office, The Peace Foundation
PO Box 23-257, Cable Car Lane, Wellington, Aotearoa-New Zealand
Tel: +64 4 496 9629 Fax: +64 4 496-9599, alynw@world-net.co.nz
www.peace.net.nz*

14 Peace Action USA – Erfolge von Friedenswählern 2006: Zusammenfassung von Wahlaktivitäten

Ganz klar hatte am Wahltag jeder den Irak im Kopf, und eine engagierte und informierte Öffentlichkeit, angeführt von Peace Action Aktivisten und Unterstützern, veränderte die gesamte Dynamik von Kongress und Senat. Es steht zu hoffen, dass dieser neue Kongress auf die Wähler mit grösserem Bewusstsein von Frieden und Diplomatie reagiert, während wir auf das Ende des Krieges mit Irak hinarbeiten, versuchen den Krieg mit Iran zu verhindern, und andere dringende aussenpolitische Sorgen ansprechen. 2006 führten das nationale Büro und etwa 40 engagierte angegliederte Gruppen verschiedene Projekte bei 55 verschiedenen lokalen Wahlen durch, als Peace Action, Peace Action PAC und Peace Action Education Fund (unsere gemeinnützige Schwesterorganisation).

Unsere Peace Action Kampagne:

- Hunderttausende von unparteiischen Wahlführern in 18 Wahlbezirken der Nation wurden geschrieben und verteilt: in Pennsylvania im 7. und 8. Distrikt, in Wisconsin im 1., 2. und 6., im 7., 4., 5. und 8. Distrikt und bei den Senatswahlen, in New Hampshire im 2. Distrikt, in New York im 13. Distrikt, in Maine im 1. Distrikt und für den Senat, in New Jerseys 7. Distrikt und 4. Distrikt und für den Senat. Am Ende haben Millionen von Wählern unsere Führer gelesen.

- Über 40 verschiedene Resolutionskampagnen initiiert und unterstützt in Wisconsin, Illinois und Massachusetts um den Krieg im Irak zu beenden. Diese Resolutionen gingen in jedem Bezirk, an dem sie zur Abstimmung standen, durch, oft mit mehr als einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen.

Peace Action PAC

Unser Peace Action PAC bestätigte insgesamt 52 Kandidaten, eingeschlossen 27, die bereits Mitglieder des Kongress waren, und die zu 100% Wahlunterlagen zu Friedensthemen hatten. Von den 52 Kandidaten, die Peace Action PAC und ihre Angliederungen unterstützten, haben 43 in ihren Wettbewerben gewonnen...

Kampagne für eine neue Aussenpolitik:

Unser Land verdient einen Bruch mit der fehlgeschlagenen Politik der Vergangenheit. Unsere Waffenverkäufe und Militärhilfeprogramme haben weitverbreitete anti-amerikanische Gefühle geweckt. Unsere Atomwaffenpolitik ermutigt die Weiterverbreitung von Atomwaffen. Unser Verhalten gegenüber der internationalen Gemeinschaft führt in die zunehmende Isolation und zum Verfall eine bedeutsamen führenden Rolle. Riesige Zuwächse bei Militärausgaben werden uns nicht sicherer machen, aber sie nehmen Geld weg von Bildung, Gesundheitsvorsorge und anderen Programmen und schaden der Lebensqualität aller Amerikaner. Die Zerstörung bürgerlicher Freiheiten bedroht unsere Verfassung und unterminiert genau die Werte, die unsere Nation gross gemacht haben. Wir machen unser Land sicherer, wenn wir unsere Werte bestätigen, nicht indem wir sie aufgeben.

Drei Schritte zu einer sichereren Welt

1. Menschenrechte und Demokratie unterstützen

Wir sollten internationale Führerschaft zeigen, indem wir uns der Politik von Menschenrechtsverletzern entgegenstellen, nicht indem wir sie mit Waffen belohnen.

Demokratie und Menschenrechte sind Ideale, die für die das amerikanische Volk wertvoll sind. Unsere gewählten Politiker sind diesen Idealen nicht gerecht geworden. Es ist traurig, dass unser Land die Welt anführt bei Waffenverkäufen und Militärtraining für menschenrechtsverletzende Regierungen und Diktaturen. Wenn US-Waffen gebraucht werden, um Regierungen aufzubauen, die von ihrem eigenen Volk gehasst werden, ist das Ergebnis Bitterkeit. Wenn wir Waffen weltweit verkaufen, werden diese Waffen schliesslich gegen unsere eigenen Truppen eingesetzt.

2. Drohung durch Massenvernichtungswaffen reduzieren

Unsere Nation sollte eine weltweite Kampagne anführen, die Drohung von Massenvernichtungswaffen zu verringern und zu kontrollieren – eine Politik, auf die wir stolz sein könnten.

Wir stehen keiner grösseren Bedrohung gegenüber als der durch Atomwaffen und andere Massenvernichtungswaffen. Solche Waffen sind nur wirksam als Mittel des Schreckens – das kann auf uns gezielt sein genauso gut wie auf andere. Der einzige Weg, vor dieser Bedrohung sicher zu sein, ist die, Vorräte zu zerstören und die Einrichtungen zu sichern, die atomares Material herstellen. Anstatt Bemühungen anzuführen, Atomwaffen zu sichern und abzubauen, will die Bush Administration neue bauen. Dazu kommt, Milliarden für eine Raketenabwehr auszugeben, die nicht funktionieren wird, während das Konstruieren neuer Atomwaffen das Ausmass nuklearer Proliferation beschleunigen wird.

3. Mit der Weltgemeinschaft kooperieren

Wir sollten eine positive Führungsrolle in der Weltgemeinschaft übernehmen, und für eine Zukunft planen, mit der wir alle leben können.

Die Unabhängigkeitserklärung betonte nachdrücklich “einen grossen Respekt vor den Meinungen der Menschheit.” Unsere Auslandspolitik reflektiert diesen Grundwert nicht. Unsere gewählten Politiker verliessen oder blockierten eine Reihe von internationalen Vereinbarungen zu Waffenkontrolle, Menschenrechten, der Umwelt und dem Internationalen Strafgerichtshof. Anstatt “einseitige vorbeugende Schläge” zu befürworten, muss die USA eine Politik fördern, die sich der grossen Bedürfnisse der Weltgemeinschaft annimmt und die das Potential für Hass und Ärger minimiert. Die USA hat die Stärke und Fähigkeit, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschheit zu verbessern, und die eigene Sicherheit im Laufe des Prozesses zu vergrössern – aber nur, wenn wir durch Kooperation führen.

*Peace Action Education Fund
1100 Wayne Ave, Suite 1020, Silver Spring MD 20910, USA
<http://www.peace-action.org/>*

15 Friedenssteuerkampagnen – verschiedene Länder

Einführung

Die Kampagne für die sogenannten Friedenssteuern wurde aktiv vom Quakerrat für europäische Angelegenheiten vorangetrieben. Friedenssteuern nehmen Bezug auf Verweigerung aus Gewissensgründen und sind eine alternative Form von Steuern, befürwortet von denen, die den Militärdienst aus Gewissensgründen verweigern. Normalerweise zahlen Rekruten eine Art von Militärsteuer, aber Verweigerer sollten davon befreit sein und stattdessen die Möglichkeit bekommen, eine Friedenssteuer zu zahlen, die die Regierung für die soziale Wohlfahrt nutzen soll. Nach den Quakern,

entspricht Friedenssteuer einfach dem, was alternativer Dienst zu Zwangsmilitärdienst ist, z.B. ist es die Idee, dass Verweigerer Fonds umverteilen können sollten, die sonst dem Militärbudget zugeordnet sein sollten, für einen speziellen Friedenssteuerfonds, der für nicht-militärische Aktivitäten ausgegeben würde. Das basiert ursprünglich auf dem Gedanken, das Menschenrecht auf Verweigerung aus Gewissensgründen auszudehnen. Tatsächlich ist Militärsteuer zahlen eine Form der Zwangsverpflichtung.

Friedenssteuer zu zahlen impliziert nicht, dass man auf lange Sicht weniger Steuern zahlt. Die Regierung besitzt immer noch das Recht, Steuern zu erheben, auf der Basis demokratischer Entscheidungen. Es gibt natürlich ein kleines Risiko, dass Regierungen damit anfangen, einen grösseren Teil der Steuern anderer Leute dafür nutzen, ihr Militärbudget zu befriedigen. Trotzdem sollten die Leute ein Recht dazu haben, zu sagen, was mit den Steuern, die von ihnen erhoben werden, geschieht. Das ist eine Art, Militärausgaben zu Sozialausgaben umzuverteilen. Transparenz im Budget der Regierung ist als allererstes wesentlich, um die Verteilung der nationalen Ressourcen zu bescheinigen, später ist es Sache der Regierung, zu entscheiden, für welchen nicht-militärischen Zweck die Friedenssteuer benutzt wird. Regelmässige Konferenzen werden abgehalten zum Widerstand gegen Kriegssteuern und Friedenssteuerkampagnen werden abgehalten, um die Regierungen zur Verantwortung aufzurufen. Aktion ist vor allen Dingen in Ländern dringlich, in denen nicht einmal Kriegsdienstverweigerung erlaubt ist. Die letzte Konferenz wurde im Oktober 2006 abgehalten und resultierte in einer Vorlage zum "Menschenrecht auf direkte und indirekte Kriegsdienstverweigerung". Die nächste Konferenz soll 2008 stattfinden.

QCEA: <http://qcea.quaker.org/briefings/peacetax/ptbp4new.pdf>

Grossbritannien: Robins Steuer – Geld den Abfluss hinunter

Seit dem Irak-Krieg hat Robin Brookes von Friedenssteuer 7 einen Teil seiner Steuern eingehalten, weil er glaubt, dass Steuer für Krieg zu zahlen moralisch falsch ist, aber am 5. Mai in Swindon wurde er gezwungen, seine Steuern zu zahlen. Mit dem Slogan "Geld den Abfluss hinunter" ging Robin zum Finanzamt, um, begleitet von etwa 30 Mitgliedern von Friedenssteuer 7, seine Steuern zu zahlen. Einige der Mitglieder der Gruppe trugen 20-Pfundnoten, die einen Teil von Robins Steuer ausmachten und Plakate, die sagten, sie würden die Steuern lieber für andere Dinge ausgeben. Während Robin zur Verspottung einen Ausfluss aufbaute, um dort das Geld hinunterzuspülen, trug jemand anders eine Ausgusspumpe und ein Plakat "Macht den Weg für Frieden frei".

Ausserhalb des Finanzamtes verlas Robin einen Protestbrief, den die anderen Leute der Gruppe unterzeichneten, und dann warfen sie ihre 20-Pfundnoten in den Abfluss. Robin musste dann zum nahen Postamt weitergehen, um tatsächlich seine Steuern zu zahlen. Einmal im Postamt angelangt, nahm Robin das Geld aus dem Abfluss und zahlte. Robin und seine Unterstützer kehrten dann zum Finanzamt zurück, wo er seinen Protestbrief übergab und den Beweis, dass er seine Steuern gezahlt hatte. Die Gruppe marschierte dann durch die Strassen zurück und erklärten den Passanten, was sie gerade taten. Über

das Ereignis wurde viel in der Presse berichtet und erhöhte das Bewusstsein über das Friedenssteuerthema. Mehr Information über die Aktivitäten der Gruppe siehe

www.peacetaxseven.com

Kolumbien

Kolumbien hat seit mehr als einem halben Jahrhundert bewaffnete Konflikte gesehen. Kriegsdienstverweigerung ist nach der nationalen Gesetzgebung verboten, obwohl die Gewissensfreiheit in der Verfassung steht. Alle kolumbianischen Männer sind verpflichtet, in Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit zur Waffe zu greifen, und können nur aus Gründen, die mit Kriegsdienstverweigerung nichts zu tun haben, von ihrer Verpflichtung entbunden werden. Tatsächlich ist Kriegsdienstverweigerung weder illegal, noch nach dem Gesetz erlaubt, aber trotzdem werden Verweigerer als strafenswert betrachtet und können in der Folge keine Universität besuchen oder keinen Pass bekommen. Sie werden als Deserteure gesehen, wofür Strafen verordnet werden, die von 6 Monaten bis zu 4 Jahren variieren, je nachdem, ob der Staat sich im Krieg befindet oder nicht.

Der Hintergrund erzählt uns, dass Männer, die den Kriegsdienst verweigern, eine grosse Chance haben, verfolgt zu werden, jedoch ist ihre starke Überzeugung wichtiger für sie. Eine grosse Sorge der Kriegsdienstverweigerungskampagne in Kolumbien sind die riesigen Militärausgaben von allen Konfliktparteien. Sie überlegen, eine Art Widerstand gegen die Kriegssteuer einzuführen, brauchen aber internationale Unterstützung, um sie durchzuführen.

Am Unabhängigkeitstag, dem 20. Juli 2006, stand die Hauptstadt ganz im Zeichen einer grossen Militärparade. Währenddessen bereiteten die Verweigerer ein Strassentheater vor, um die Aufmerksamkeit auf die Nachteile des andauernden Konflikts zu lenken. Zuerst illustrierten sie die Frustration und die Qual der Angehörigen von Personen, die verschwunden sind, vertrieben wurden oder ohne Gerichtsverhandlung ins Gefängnis kamen. Zweitens organisierten sie eine alternative Parade zu der offiziellen militärischen. Hier spielten einige Leute Informanten, die nach dem Zufallsprinzip Leute aus der Menge suchten und sie packten. Schulmädchen schliesslich, die in Regenbogenfarben angezogen waren, tanzten in eine glücklichere Zukunft. Nachher berichteten sie vom Erfolg ihrer Aktion:

« Alles ging gut während unserer gewaltfreien Aktion. Das Wetter war gut, und es waren viele Leute auf den Strassen, so dass wir unsere Botschaft allen diesen Leuten mitgeben konnten. Die Schauspieler machten ihre Arbeit gut und zeigten die versteckte Wirklichkeit der militärischen Strukturen, und der Karneval war ein richtiges Fest. Durch die Interviews, die wir mit den Leuten auf der Strasse machten und die Reaktionen, die wir bekamen, wissen wir, dass viele Leute in jeder Weise unsere Aktion unterstützten. Während der Aktion hatten wir keine Probleme mit der Polizei. Nur nach der Aktion, als wir zurückkehrten, hatten wir eine kleine Konfrontation mit einem Polizisten, weil einige

von uns mitten auf der Strasse gingen, aber da wir 80 Leute waren, konnte er uns nicht zur Polizeistation mitnehmen, und nach 10 Minuten Diskussion liess er uns gehen. “

Bolivien

Bolivien ist ein herausragender Fall in der Kampagne des Widerstands gegen Kriegssteuer. Vor kurzer Zeit, im Oktober 2005, wurde der Fall von Alfredo Dias Bustos vor die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte gebracht, mit dem verblüffenden Ergebnis, dass der Klagende davon befreit wurde, Militärsteuern zu zahlen, weil er ein Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen ist! In dieser freundlichen Regelung vor der Kommission stimmte Bolivien zu, Bustos vom unbewaffneten Militärdienst zu befreien, sogar in zukünftigen bewaffneten Konflikten, aber er würde trotzdem das “notwendige” Dokument über einen abgeleisteten Militärservice bekommen. Das musste getan werden *“ohne Gebühren, ohne dass für seine Ausgabe die Militärsteuer, die im Nationalen Verteidigungsdienstgesetz vorgesehen ist, verlangt wird, oder irgendeine andere Zahlung von irgendeiner Summe aus irgendeinem Grund oder Überlegungen irgendwelcher Natur, ob finanziell oder nicht.”*.

Die Kommission stellt fest, dass Bolivien etablierte Menschenrechte in der amerikanischen Konvention verletzt, wenn es Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen nicht zulässt. Das ist gegen das Recht jedes Individuums auf Gewissens- und Religionsfreiheit. Der bolivianische Staat stimmte zu, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in den Entwurf der ergänzenden Regelungen zum Militärgesetz, das es gegenwärtig beabsichtigt, aufzunehmen. Abgesehen davon sollten sie die Zustimmung des Kongresses zur Militärgesetzgebung inklusive dem Recht auf Verweigerung ermutigen.

Conscience and Peace Tax International

see: www.ohchr.org/english/bodies/hrc/docs/ngos/CPTI-austria_en.pdf

16 Wissenschaftler für globale Verantwortung, Grossbritannien – das Projekt militärische Verwicklung in Wissenschaft, Technologie und Ingenierswesen

Die Organisation:

- Fördert ethische Wissenschaft, Design und Technologie, basierend auf den Prinzipien von Offenheit, Verantwortung, Frieden, sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Umwelt
- Ist eine unabhängige Mitgliederorganisation in Grossbritannien mit etwa 850 Natur- und Sozialwissenschaftlern, Ingenieuren, IT-Fachleuten und Architekten
- Führt Forschung, Bildung und Lobbying durch zu den militärischen, Umwelt- und politischen Aspekten von Wissenschaft, Design und Technologie
- Bietet ein Unterstützer Netzwerk für Professionelle in diesen Feldern, denen Ethik ein Anliegen ist

Ein einjähriges Forschungsprojekt zur militärischen Verwicklung in Wissenschaft, Ingenierswesen und Technologie (SET) in Grossbritannien wurde am 19. Januar 2005 im

britischen Parlament mit der Veröffentlichung des Berichts mit dem Titel *“Soldaten im Labor: Militärische Verwicklung in Wissenschaft und Technologie – und einige Alternativen”* bekannt gemacht. Der Bericht stützte sich auf Daten aus Forschung, Literatur, Webseiten, persönlichen Kontakten und öffentlich zugänglichen Datenbanken.

Ian Gibson (damals Vorsitzender des parlamentarischen Auswahlausschusses zu Wissenschaft und Technologie) und Professor Steven Rose von der Open University, der grosse Erfahrung mit der militärischen Verwicklung von Wissenschaft und Technologie hat, sprachen zusammen mit dem Autor des Berichtes Chris Langley zu diesem Anlass. Das Thema wurde von der Laien- und der Fachpresse aufgenommen, inklusive *Nature*, *Guardian*, *Science and Public Affairs* und *New Scientist*. In der der Vorstellung folgenden Woche wurden mehr als 300 Kopien des Berichts von der SGR Webseite heruntergeladen. Von der Vorstellung bis zum 31. Oktober 2006 wurden mehr als 3000 Kopien des Berichts und eine ähnliche Zahl von Resumés heruntergeladen, gekauft oder in anderer Weise verteilt.

Professor Steven Rose beschrieb den Bericht als “das umfassendste Dokument in diesem Bereich in den letzten 35 Jahren” und unterstrich, dass der Bericht als “Aktionsplattform” genutzt werden sollte. Ian Gibson lobte den SGR für den Bericht und betonte die wichtige Rolle, die der Bericht spielen sollte, die Wissenschaftler politisch bewusster zu machen. Er fügte an, dass die Ergebnisse politisch relevant seien und die verschiedenen Analysen sehr weitreichend im Umfang.

Der Bericht enthält 6 Kapitel und beschreibt die Verwicklung von Wissenschaftlern, Technologen und Ingenieuren mit dem Militärssektor in waffenbasierter Hochtechnologie-forschung und –entwicklung. Die detaillierte Analyse beschreibt eine Vielfalt von Partnerschaften unter Beteiligung von Militärfirmen und Regierungsabteilungen mit verschiedenen britischen Universitäten seit 2002. Der Bericht beschreibt auch, wie die Expertise und die Fonds, die gegenwärtig vom Militärssektor benutzt werden, zugunsten einer breiteren Sicherheitsagenda umverteilt werden könnten., und dabei speziell Konflikttreiber wie Armut, Klimawechsel und Ressourcenverbrauch ansprechen. Es werden eine Reihe grundlegender Empfehlungen gegeben.

Die Verteilungsphase – 2005 hindurch bis jetzt – schloss eine Vielzahl von Präsentationen in Grossbritannien ein, besonders an der Royal Institution, aber auch in Europa. Chris Langley sprach in Kopenhagen (auf einem internationalen Symposium zur Ethiklehre für Wissenschafts- und Technologiestudenten) und in Paris (auf einer UNESCO/Pugwash-Konferenz zu Militärwissenschaft und dem gesetzlichen Rahmen für die Behandlung von Konflikten). Beide Ereignisse führten zu Publikationen, die einer grossen Zahl interessierter Gruppen in Wissenschaft, Technologie und Wissenschaftsmanagement zugänglich gemacht wurden.

In Grossbritannien wurden die Ergebnisse und Empfehlungen des Berichts, bezüglich der weitverbreiteten Verwicklung des Militärs in Wissenschaft und Technologie, zusammen mit der Dringlichkeit der positiven Herangehensweisen an Sicherheit, mehr als 25 verschiedenen Gruppen vorgestellt. Die Zuhörer waren sehr verschieden – vom King’s

Collge London bis zur Lancaster University, dem Praxis-Zentrum der Leeds Metropolitan university und Schülern der 6.Klasse in Southampton. Eine weitere Reihe von Präsentationen wurden 2006-2007 gehalten.

Mehr als 30 Artikel über den Bericht sind erschienen, die wichtigsten in *Nature*, *New Scientist*, *Science & Public Affairs*, *Green World*, *Resurgence*, *Physics Education* und *Professional Engineering*. Weitere stehen zur Veröffentlichung an. Medien in ganz Europa haben sich wegen Information über verschiedene Aspekte militärischer Forschung und Entwicklung an uns gewandt.

SGR half auch dem britischen parlamentarischen Büro für Wissenschaft und Technologie, neue Mitglieder des Parlaments über militärische Forschungs- und Entwicklungsbudgets und den Platz der positiven Sicherheit zu informieren. Ebenfalls im Parlament, haben wir zusammen mit Greenpeace die Rolle militärischer Wissenschaft und die Zukunft von Trident mit dem Abgeordneten Ian Gibson diskutiert.

SGR hatte viele ermutigende Diskussionen und Informationsaustausch mit Friedens- und Ethikgruppen in ganz Europa und Grossbritannien. Wir haben auch eine Kurzinformation produziert, um jungen Leuten bei der Wahl ihrer Karriere in Wissenschaft und Technologie zu helfen – die Information mit dem Titel “*Wissenschaftler oder Soldaten? Karrierewahl, Ethik und das Militär*”, geschrieben von Chris Langley, wurde breit verteilt und ist sehr populär.

Wir hatten weiterhin eine Vielzahl von individuellen formellen und informellen Kontakten in der akademischen Welt, im Bereich der Polizei und der Zivilgesellschaft. Viele der Kontaktierten und die aufgebauten Netzwerke werden SITL in Universitätsseminaren zum Unterrichten benutzen.

Der Bericht, die folgenden Verteilungsaktivitäten und unsere Öffentlichkeitsarbeit haben einen Querschnitt verschiedenster Interessengruppen erreicht – das beinhaltet professionelle Wissenschaftler und Ingenieure sowie Studenten, Politikmacher und politische Analysten in Wissenschaft und Sicherheitspolitik, Friedens- und grüne Gruppen, Spezialmedien, allgemeine Medien und die Öffentlichkeit.

Das Medieninteresse der letzten Zeit konzentrierte sich auf Roboter und das Militär, SGR gab Informationen an The Independent on Sunday und an Radio und Fernsehen. Wir waren auch weiter aktiv mit Aussenereignissen mit Stuart Parkinson, dem Direktor von SGR, der zwei Workshops zu militärischer Verwicklung in der Wissenschaftserziehung hielt bei der Konferenz des Netzwerks Friedenserziehung in Birmingham im März 2007 und bei einer internationalen Konferenz in Berlin von SGR's internationalem Partner INES.

Abgesehen von der weiteren Verbreitung der Ergebnisse des Berichts haben wir auch den britischen Freedom of Information Act genutzt, um militärische Finanzierung in Wissenschaft und Technologieforschung durch eine Vielfalt von Quellen, von Firmen wie von der Regierung, besser zu verstehen. Daten der ersten Phase dieser Forschung wurden im

August 2007 publiziert, und mehr Forschung an einer grösseren Anzahl von Universitäten wird folgen, zusammen mit Öffentlichkeitsarbeit, um solche Entscheidungsträger in wissenschaftlichen und militärischen Bereichen, die Regierung und professionelle Gesellschaften zu beeinflussen. Wir wollen auch unbedingt unsere weitreichenden Verbindungen mit Friedens-, Abrüstungs- und ethikgemeinschaften in Grossbritannien und in ganz Europa stärken und erweitern. Solch ein Netzwerk von Kontakten bietet nicht nur Unterstützung für die gut abgesicherten Herausforderungen der vorherrschenden Militärstrategie in Grossbritannien mit ihrer grossen Abhängigkeit von Waffen und Unterstützungsplattformen, es eröffnet auch eine wissenschaftliche Dimension der Themen der sozialen Gerechtigkeit und nachhaltigen Herangehensweisen an die vielen Bedrohungen der Sicherheit wie die globale Erwärmung, Ressourcenverschwendung und marginalisierte Gruppen in der Gesellschaft.

Der Bericht August 2007:

Mehr Soldaten im Labor – die Militarisierung von Wissenschaft und Technologie – eine aktuelle Ergänzung

“Es ist höchste Zeit, dass Wissenschaft und Technologie, in Grossbritannien wie global, eine neue Richtung einschlagen, und ethischen und praktischen Dingen, die sowohl auf die Menschen als auch auf die Umwelt einwirken, einen weit grössere Bedeutung beimessen.”

Die aktuelle Ausgabe illustriert die Hauptentwicklungen der militärischen Verwicklung in Wissenschaft und Technologie in Grossbritannien und in Übersee in den letzten drei Jahren. Sich auf neue Informationen stützend, eingeschlossen solcher, die durch den Gebrauch des neuen Freedom of Information Act (FoIA) gewonnen wurde, zeigt der Bericht, wie die militärische Beteiligung in Forschung und Entwicklung weiter dazu beiträgt, eine enge auf Waffen konzentrierte Sicherheitsagenda zu unterstützen. Wir argumentieren, dass das eine breitere Herangehensweise an Sicherheit marginalisiert, die dem Unterstützen von Konfliktprävention dadurch, dass sie die zugrundeliegenden Ursachen anzusprechen hilft, eine viel grössere Priorität geben würde.

Die Ausgaben der USA für Forschung und Entwicklung dürfte 2007 78 Milliarden Dollar erreichen, was 30% höher wäre als das Maximum während des Kalten Krieges. Entwicklung und Forschung in anderen Bereichen wie den wirtschaftlichen und den sozialen, werden entsprechend darunter leiden. Die Ausgaben von Grossbritannien sind die dritthöchsten der Welt und belaufen sich auf etwa 2,6 Milliarden Pfund jährlich. Die Verflechtung mit dem militärischen Sektor nimmt auf allen Bildungsebenen im Lande zu, vor allem an den Universitäten, deren Forschung ausgiebig von Unternehmen des militärischen Bereiches gefördert werden.

Die Schlussfolgerungen von SGR:

1. Die enge Sicherheitsperspektive, konzentriert auf Hochtechnologie und Waffen, bleibt bei den Ländern mit den grössten Militärausgaben wie USA und Grossbritannien dominant, aber auch anderswo.
2. Die Verflechtung mit militärischer Forschung und Entwicklung nimmt zu, obwohl die Situation in wissenschaftlichen und technologischen Gemeinschaften nicht diskutiert wurde. Das bedroht die akademische Freiheit.
3. Dem zivilen Bereich wird wegen dem breiten Fokus auf militärische Entwicklung hochqualifizierte Arbeitskraft im Bereich von Technologie und Wissenschaft vorenthalten.
4. Die Notwendigkeit, eine umfassende und offene Debatte über Militärpolitik und die Rolle von Wissenschaft und Technologie zu führen, ist dringend.
5. Die Universitäten sollten unabhängig denkende Individuen, die die Fehler der Gesellschaft in Frage stellen, hervorbringen. Eine weitgehende Verflechtung mit dem Militär in der Bildung marginalisiert leicht abweichende Meinungen.

<http://www.sgr.org.uk/index.html>

Scientists for Global Responsibility, Ingles Manor, Castle Hill Avenue,

Folkestone, Kent, CT20 2RD UK. Tel: +44 1303 851965, Mobile: +44 7771 883 696

email: info@sgr.org.uk

17 Schwedischer Versöhnungsbund – Menschliche Sicherheit und Abrüstung

Menschliche Sicherheit und Abrüstung sind eng miteinander verbunden. Solange es Waffen auf der Welt gibt, werden sie benutzt werden. Militärische Bewaffnung stellt eine Bedrohung der Menschheit dar, nicht nur wegen dem erhöhten Risiko eines Krieges. Sie verschlingt enorme Ressourcen in der Form von Forschung, Geld, Rohstoffen, Energie und Land, während zur gleichen Zeit eine Milliarde Menschen mit weniger als 2 Dollar pro Tag auskommen muss. Das Programm besteht aus drei Teilen:

Kleinwaffen

Der Waffentyp, der für die meisten Leute heute Leben zerstört, das sind die sogenannten Kleinwaffen, Waffen, die von einem oder mehreren Leuten getragen werden können. Ungefähr 500 000 Menschen sterben jedes Jahr wegen Kleinwaffen – in bewaffneten Konflikten, in Unfällen zuhause, oder wegen bewaffneter Kriminalität. Kleinwaffen sind die wirklichen Massenvernichtungswaffen der Welt geworden. SweFORs Arbeit, die Weiterverbreitung zu stoppen, hält seit Ende der 90er Jahre an und bildet den Kern des Programms.

Abrüstung und Waffenhandel

2004 war Schweden der neuntgrößte Exporteur von Waffen in der Welt, obwohl Waffenexporte helfen, Diktaturen zu stärken, den Respekt für Menschenrechte zu unterminieren und eine effektive Kampagne gegen Armut zu verhindern. SweFOR arbeitet mit Information und Öffentlichkeitsarbeit für eine restriktivere Waffenexportpolitik, auf dem Papier und in Wirklichkeit.

Die Debatte über Sicherheit

Alle bewaffneten Konflikte können während des einen oder anderen Stadiums verhindert werden. Es ist möglich, den Krieg abzuschaffen, wenn die Welt ihre Ressourcen in einer präventiven Art nutzt. In der Debatte über Sicherheit argumentiert SweFOR, dass die Europäische Union und Schweden präventive Aktionen mehr als bisher unterstützen sollten. Wir haben auch an militärischen Übungen teilgenommen, um die friedensschaffende Rolle aufzuzeigen, die Organisationen der Zivilgesellschaft vor, während und nach einem bewaffneten Konflikt spielen können und sollen.

For more information about the human security and disarmament program, please contact Håkan Mårtensson, phone +46-8-453 69 94, E-mail hakan.martensson@swefor.org.

18 War Resisters International – Globale Initiative gegen Kriegsprofiteure

Die Globale Initiative gegen Kriegsprofiteure ist ein Projekt von War Resisters International, das daraufhinzielt, Kampagnen gegen Firmen, die vom Krieg profitieren, zu koordinieren.

War Resisters International engagiert sich dafür, den Krieg und alle seine Ursachen zu beenden. Diejenigen, die wirtschaftlich vom Krieg profitieren, bilden eine mächtige Lobby, die Ausgaben für das Militär und Kriegsvorbereitungen unterstützen. Kriege schaffen Märkte und sind ein Mittel, für Waffen und kriegsrelevante Produkte zu werben. Das ist der Grund, warum wir glauben, dass wirtschaftliche Profiteure des Krieges nicht nur vom Krieg profitieren, sondern auch den Krieg des Profites wegen unterstützen.

Die Ziele der Globalen Initiative gegen Kriegsprofiteure sind:

- Gruppen, die gegen Kriegsprofiteure arbeiten, zu unterstützen
- Weitere antimilitaristische Gruppen zu ermutigen, Kampagnen gegen Firmen zu führen, und anti-korporatistische Gruppen, Kampagnen gegen Firmen zu führen, die vom Krieg profitieren
- Die Herstellung und das Teilen von Ressourcen, die Kriegsprofiteure betreffen, zu koordinieren
- Internationale Aktionen und die Unterstützung lokaler gewaltfreier direkter Aktionen gegen die Firmen zu koordinieren

Wirksame Arbeit gegen Kriegsprofiteure muss eine Vielzahl von Strategien einschliessen. Die Gruppen wählen aus, welche Firmen sie als Ziele aussuchen und entwerfen ihre eigenen Strategien. Die Initiative ermöglicht einen Informationsaustausch, so dass Gruppen gegenseitig ihre Arbeit unterstützen können und Ideen austauschen. Wir ermöglichen die Koordination von Aktionen gegen die Profiteure.

Indem wir Ressourcen koordinieren, helfen wir, Information zwischen verschiedenen Kampagnen zu teilen. Das garantiert, dass Kampagnenmacher informiert sind darüber, wer die Profiteure sind, was sie tun, wo sie sind, und wo sie verletzbar sind. Wir koordinieren auch Information über Projekte und Aktivitäten, an denen die Organisationen und Gruppen bereits arbeiten und teilen Information über verschiedene Kampagnen, auf wen sie sich fokussieren und welche Strategien die wirksamsten waren und warum.

Es ist eine grosse Herausforderung, eine Kampagne gegen Kriegsprofiteure zu machen. Es ist nicht möglich, Anti-Korporationstaktiken wie Boykotte zu nutzen, weil diese Firmen keine Konsumentengüter für den allgemeinen öffentlichen Konsum produzieren.

Methoden, an denen die Initiative arbeitet und die sie fördert, sind :

- Beobachten der Firmen und der politischen Ausschüsse und Vorstände, in denen sie sitzen. Das Sichtbarwerden ist ihre verwundbare Stelle. Sie als Kriegsprofiteure exponieren. Die Wirkungen ihrer Waffen beschreiben und die Menschenrechtsverletzungen der Länder, an die sie verkaufen.
- Die Steuerzahler darüber informieren, wie die Regierung ihre Gelder benutzt, um Kriegsprofiteure zu finanzieren.
- Die Bestechung aufdecken, die in der Welt der Kriegsprofiteure weit verbreitet ist. Hier gibt es viele Beispiele, die die allgemeine Öffentlichkeit wissen sollte und kreative und dramatische Möglichkeiten, sie zu informieren.
- Druck auf Regierungen ausüben, diese Firmen zu regulieren, indem Transparenz verlangt wird und Verantwortlichkeit der Firmen. Kriegsprofiteure sind nicht in der Lage, solchen Standards zu entsprechen.
- Auf die Rolle schauen, die Banken und Exportkreditagenturen spielen, indem sie die Kriegsindustrie mit Darlehen und Krediten unterstützen und subventionieren. Was empfinden Steuerzahler und Bankanleger, wenn ihr Geld für Waffenproduktion verwendet wird?
- Aktienbesitzer, seien es Organisationen oder Individuen, ermutigen, durch Aktienbesitzerresolutionen und auf jährlichen Versammlungen Druck auf die Firmen auszuüben.
- Pensionsfonds, Universitäten und Stadtverwaltungen ermutigen, nicht in Firmen zu investieren, die vom Krieg profitieren (was alle Kriegsprofiteure einschliesst, nicht nur Waffenhersteller).
- Gewaltfreie direkte Aktionen gegen die Profiteure koordinieren und Aktionstage gegen Kriegsprofiteure organisieren.

Da WRI ein Netzwerk von antimilitaristischen und gewaltfreien Aktivisten ist, sind viele unserer angeschlossenen Gruppen bereits in Kampagnen engagiert. Zum Beispiel unsere belgische Gruppe Forum voor Vredesactie hat Kampagnen gegen Finanzinstitutionen und ihre Verwicklung in den Waffenhandel gestartet. Mit ihrer Kampagne *Mein Geld Gutes Gewissen* haben sie es geschafft, Banken und andere Finanzinstitute davon zu überzeugen, mit den Investitionen in Streubombenhersteller aufzuhören. Sie versuchen jetzt, sie zu ermutigen, nicht länger in Hersteller von Atomwaffen zu investieren.

Während der internationalen WRI Konferenz 2006 in Deutschland "Gewaltfreiheit globalisieren" hielten wir eine Themengruppe zu Kriegsprofiteuren ab, die sich 5 Tage lang getroffen hat. Das brachte Kampagnenmacher von verschiedenen Organisationen zusammen, inklusive *Mein Geld Gutes Gewissen* aus Belgien, *Kampagne gegen Waffenhandel* aus Grossbritannien, *Kampagne gegen Exportkreditagenturen* aus Belgien, *Kampagne gegen Waffenhandel* aus den Niederlanden, *Pazifistische Union* aus Frankreich und die *Kriegsverweigerer-Vereinigung* aus den USA. Die Konferenz wurde auch von Repräsentanten von gewaltfreien und antimilitaristischen Gruppen besucht, die durch unsere Initiative motiviert worden sind, Kampagnen gegen Firmen in Israel, Südkorea, Finnland, Kolumbien, Chile, Indien und Deutschland zu starten.

Als Teil der Initiative hat WRI auch Leute ausserhalb unseres Netzwerkes angesprochen, indem Workshops bei Treffen abgehalten wurden wie dem Europäischen Sozialforum in London 2004, dem Alternativen Sozialforum in Venezuela 2006 und dem Europäischen Sozialforum in Athen 2006.

Weitere Schritte in Richtung auf das Schaffen einer globalen Initiative sind unternommen worden, eingeschlossen zwei Ereignisse, die auf dem amerikanischen Kontinent stattgefunden haben. In Südamerika wurde eine Veranstaltung *US Intervention und Militärausgaben* von Red Juvenil aus Medellin in Kolumbien abgehalten, und im September 2006 wurde in Nordamerika eine Konferenz *Stoppt die Händler des Todes* von den US War Resisters organisiert.

Bis jetzt haben wir eine Reihe von Dingen erreicht. Viele Gruppen, die sich im WRI engagieren, beginnen ihre eigenen Kampagnen gegen Kriegsprofiteure zu entwickeln, und WRI ist ein zentraler Punkt geworden, um diese Kampagnen zu koordinieren. Ein Weg, diese Gruppen zu unterstützen, war die Produktion von Ressourcen über Kriegsprofiteure. Zwei Ausgaben des WRI Rundbriefes *The Broken Rifle* waren diesem Thema gewidmet und ein Email-Rundbrief *War Profiteers' News* wird alle zwei Monate versandt mit Neuigkeiten über die letzten Entwicklungen von Kampagnen gegen Kriegsprofiteure. Der Rundbrief enthält auch besondere Rubriken wie den Kriegsprofiteur des Monats, die Kampagne des Monats und eine Liste mit Veranstaltungen von verschiedenen Kampagnen. Um die *War Profiteers' News* zu erhalten, können sie sich einschreiben unter <http://lists.wri-irg.org/sympa/info/warprofiteersnews>.

Wir haben auch eine Wiki-System-Webseite entwickelt, in der Aktivisten schreiben können und neue Informationen zu unserer Webseite zu Themen, die sich auf Kriegsprofiteure beziehen, hinzufügen können: <http://wriirg.org/wiki/index.php/WarProfiteers>.

Zukunftspläne schliessen ein: einen international koordinierten Aktionstag gegen Kriegsprofiteure organisieren, ein Handbuch, wie man eine Kampagne gegen Kriegsprofiteure und Regierungspolitik zu Waffenhandel macht, publizieren, eine Datenbank entwickeln, so dass Kampagnenaktivisten Firmen erforschen können, und gewaltfreie Trainings für Kampagnen zur Verfügung stellen, die der gewaltfreien direkten Aktion gewidmet sind.

By Javier Garate, info@wri-irg.org

War Resisters' International, 5 Caledonian Rd, London N1 9DX, Britain

Tel +44-20-7278 4040, Fax +44-20-7278 0444, Gizmo 1-747-6154775, email info

wri-irg.org

http://wri-irg.org

6 Entwicklung eines Kampagnen-Netzwerks: Die Arbeit von IPB

DER BEDARF AN KOORDINATION

Die Nachforschungen IPBs zur Aktivität von Nichtregierungsorganisationen im Feld von Militär- und Sozialausgaben zeigen klar, dass internationale Koordination fehlt. Es sind einige Studien zu Abrüstung und Entwicklung im Laufe der Jahre von akademischen Körperschaften gemacht worden, aber die internationale anwaltschaftliche Arbeit und der Aspekt der Partnerschaft bleiben weit hinter dem zurück, was man bei solchen Themen wie Landminen, Klimawechsel, Schulden von Entwicklungsländern, dem Internationalen Strafgerichtshof und bei anderen Themen, die der Öffentlichkeit wohlbekannt sind, findet.

Zum Teil ist das so, weil Entscheidungen über das Budget zunächst auf der nationalen Ebene getroffen werden, und der Fokus der Kampagnenarbeit dazu tendierte, national zu sein. Trotzdem kann man viel von Kmpagnen in anderen Ländern lernen, und es muss viel mehr getan werden, um das Bewusstsein zu erhöhen und Partnerschaft auf regionaler und globaler Ebene zu schaffen – z.B: durch die UN und ihre Organisationen.

So hält es IPB für wichtig, eine Anzahl von deutlich verschiedenen Typen von Gruppen miteinander zu verbinden, die im Moment nicht in einer systematischen Weise zum Thema Ausgaben interagieren. Das schliesst ein:

- Gruppen der Friedensbewegung im Westen
- Neuere Think-Tanks und anwaltschaftliche Gruppen
- Entwicklungsagenturen und ihre Partner im Feld
- Zivilgesellschaftsbewegungen im globalen Süden und Osten

Zusätzlich hat das Thema das potential, substantielle Unterstützung zu bekommen von: Politischen Parteien, Parlamentariern, lokalen Autoritäten, religiösen Körperschaften, Jugend- und Studentengruppen, Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Agenturen

sozialer und humanitärer Dienstleistung , von wissenschaftlichen Gruppen und von Umweltgruppen.

Rolle des IPB

Um den Boden zu bereiten für die Etablierung eines koordinierten Netzwerks entschied sich IPB, sich auf zwei Aktivitäten zu konzentrieren:

1. Organisation von Treffen, Seminaren, Workshops und Konferenzen rund um das Thema Abrüstung für Entwicklung und Militärausgaben, und
2. Publikationen verschiedenen Typs als Ressourcen für die, die interessiert sind die Arbeit in ihren eigenen Ländern und Sektoren weiter zu verfolgen

Wir fingen an damit, dass wir die Aufmerksamkeit auf Westeuropa konzentrierten, eine Region, in der IPB relativ stark ist, mit lang etablierten demokratischen Traditionen und einer lebhaften Zivilgesellschaft. Es ist auch eine Region mit hohen Militärausgaben und die Heimat vieler der grössten Waffenexport-Unternehmen der Welt.

STARTTREFFEN UND NETZWERKAUFBAU AUF NATIONALER EBENE

Während schon einige Zeit vorher an dem Programm gearbeitet wurde, wurde es offiziell während einer internationalen Konsultation in **London** Ende 2005 begonnen. Das IPB-Buch "*Warfare or Welfare?*" wurde ebenfalls bei dieser Gelegenheit vorgestellt. Es gab ein grosses Interesse an der Idee einer nationalen Koalition oder Kampagne. Im folgenden Juni hielt IPB einen Workshop in **Paris** ab beim Salon der Initiativen für den Frieden und ein Tagesseminar in **Genf** in Zusammenarbeit mit dem Weltkirchenrat. Alle diese drei Treffen zeigten die grosse Besorgnis, mit der die Zivilgesellschaft das Thema der "falschen Prioritäten" bei den öffentlichen Ausgaben sieht und den Bedarf für schnelle Aktion, um die Verbeitung von Kleinwaffen, Landminen und andere Waffensysteme, die nachhaltige Entwicklung bedrohen, zu kontrollieren.

DREIJAHRSKONFERENZ

Das grosse Ereignis von 2006 war IPBs Dreijahreskonferenz im September in Helsinki. Das Sekretariat arbeitete über meherer Monate eng mit unseren finnischen Partnern zusammen, um sie vorzubereiten. Der erste Tag war vollständig unserem Haupt-Programmthema gewidmet und hatte auch den Titel "Nachhaltige Abrüstung für nachhaltige Entwicklung". Von IPBs Ehrenpräsident Botschafter Jayantha Dhanapala aus Sri Lanka wurde eine Videobotschaft empfangen. Eine Seite mit einem Artikel des IPB Generalsekretärs wurde vorher im Magazin des finnischen Friedenskomitees veröffentlicht. Die anderen Tage war die Versammlung, Treffen des Rats und des Vorstands, auf denen Strategien, um das Programm zu entwickeln, im Detail diskutiert wurden. Der Generalsekretär hielt eine Rede zum Thema auf dem Asien-Europa Volksforum, das genau vor dem Regierungstreffen Asien-Europa (ASEM) abgehalten wurde. Diskutiert wurde auch während des IPPNW-Welt-Kongresses, der am Tag nach der IPB-Konferenz abgehalten wurde. Das Zusammentreffen verschiedener Treffen während derselben Woche erlaubte es verschiedenen Gemeinschaften von Aktivisten, in Interaktion zu treten.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IN EUROPA

Dem Ziel, eine Reihe von nationalen Netzwerken zu etablieren, kam man durch die Entscheidung in zwei Ländern (**Grossbritannien** und **Griechenland**) näher, Seminare abzuhalten, die sich auf das spezifische Thema Abrüstung und Entwicklung konzentrieren. In Griechenland wurde, nach einem schweren Zwischenfall im März 2006, an dem griechische und türkische Flugzeuge beteiligt waren, ein Aktionstag ausgerufen, um eine **Kampagne für reduzierte Militärausgaben** in beiden Ländern zu starten.

Besonders starke Verbindungen wurden in **Frankreich** aufgebaut, wo ein Aktionsplan entwickelt wird, Kontakte mit Entwicklungsagenturen und Städten und Gemeinden geknüpft wurden und ausserdem an einer französischen Version von *Warfare or Welfare?* gearbeitet wird. Im März 2006 hat der Generalsekretär von IPB eine Rede zum Thema Abrüstung-Entwicklung bei einer Konferenz, die von Abolition 2000 Frankreich organisiert wurde, gehalten und der Text wurde im nationalen Magazin von Mouvement de la Paix veröffentlicht. Dieser Ausflug bot eine Möglichkeit für eine Diskussion mit Mitarbeitern der grossen französischen Entwicklungsagentur CCFD über die Frage, wie das Thema Militärausgaben behandelt werden kann.

Ein Besuch in Skandinavien 2006 eröffnete die Möglichkeit, die Entwicklung der **schwedischen** und **dänischen** Netzwerke zu erforschen. Das, kombiniert mit Kontakten in Norwegen und Finnland während des Dreijahrestreffens in Helsinki gibt gute Aussichten für die Schaffung eines **Nordischen Netzwerkes**.

Andere europäische Treffen wurden Ende 2006 abgehalten: in **London**, organisiert von der World Disarmament Campaign, in **Kopenhagen** (Planungstreffen mit dem Nationalen Friedensrat), in **Brüssel** (Vorstandstreffen und Gespräche mit Mitgliedsorganisationen), und in **Paris** (Treffen mit Verlagen und Entwicklungsagenturen).

DAS PROGRAMM IN AFRIKA

Im Januar 2007 wurde das Programm das erste Mal in Afrika präsentiert. Eine Sitzung wurde beim **Weltsozialforum** in **Nairobi** organisiert, in Zusammenarbeit mit Frères des Hommes, die eine ähnliche Kampagne mit dem Namen **Abrüstung, um die Armut zu bekämpfen** führen. Viel von 2007 wurde den Vorbereitungen für ein wichtiges Ereignis in der arabischen Welt gewidmet, das im November 2007 in Alexandria, **Ägypten**, stattfand: ein internationales Seminar "Bücher oder Bomben?", in der Bibliotheca Alexandria. Wir hoffen, das daraus ein neues regionales Netzwerk entsteht.

KINDERRECHTSKOMMISSION

Das Sekretariat von IPB war 2006 und 2007 aktiv bei der Entwicklung einer besonderen Arbeitsgruppe, die sich ansah, wie das Thema der Militärausgaben bei der Kinderrechtskommission in Genf behandelt werden konnte. Im September 2006 gab es ein Treffen mit der schwedischen Gruppe Save the Children, einer Organisation, die über die Jahre detailliert an der Analyse nationaler Budgets gearbeitet hat. In der Folge wurde ein detailliertes IPB-Papier für die Präsentation am CRC-Diskussionstag zu Ressourcen am 21. September 2007 geschrieben (erhältlich über www.ipb.org), das argumentiert, dass angemessene Ressourcen, um Kinderrechte zu fördern, nicht gesichert werden können,

ohne die riesigen Beträge, die im militärischen Sektor festgelegt sind, anzugreifen. Das ist langfristiges Projekt, das Zeit brauchen wird, bis sich Ergebnisse zeigen. Trotzdem glauben wir, dass das ein vielversprechender Weg ist und auch innovativ in der Weise, dass es Menschenrechte, Entwicklung und Friedenthemen miteinander verbindet.

VERÖFFENTLICHUNGEN

Abgesehen von unserem **grundlegenden Quellenbuch** *Warfare or Welfare?* und von diesem Buch hat IPB beachtliche Ressourcen in die Produktion von Werkzeugen für Kampagnenmacher gesteckt.

IPB-Mitglieder in London haben mit dem Sekretariat gearbeitet, um ein A3-**Kampagnenposter** "*Guns or Butter?*" (in Farbe) zum Thema Militärausgaben und Ausgaben, um die MDGs zu erreichen, zu produzieren. Es wurde bei der Helsinki-Konferenz im September 2006 veröffentlicht.

Ein neuer **elektronischer Rundbrief** wurde neu begonnen. Er wird 14-tägig veröffentlicht, und die Mehrzahl seiner Themen beziehen sich direkt auf das Programm Abrüstung und Entwicklung.

Eine Reihe von **IPB-Studien** zu verschiedenen Aspekten des Programms sind veröffentlicht worden, so zu Korruption beim Waffenhandel, Klimawechsel und Konflikt, Kleinwaffen und Entwicklung, und andere.

Eine grosse **IPB-Foto-Ausstellung** wird gerade entwickelt mit der Hilfe von Professionellen aus dem Bereich der Medien.

Alle diese Materialien sind zugänglich über die neue **IPB-Webseite** <http://www.ipb.org>.

GLOBALES NETZWERK

Während der Periode 2006-7 war es uns möglich, beträchtlich im Hinblick auf unser langfristiges Ziel eines globalen Netzwerks voranzukommen, durch die Kultivierung unserer Kontakte auf allen Kontinenten. Unter diesen ist eine **interreligiöse Plattform**, bekannt als *Globalpriorities.org*, die sich auch auf diese Themen konzentriert. Die Zusammenarbeit mit Frères des Hommes und ihre Gruppierung, bekannt als **Abrüstung, um die Armut zu bekämpfen**, ist auch vielversprechend.

IPB selbst ist jetzt eine Föderation aus 282 Organisationen aus 70 Ländern, von denen viele an den Themen, die in diesem Buch diskutiert werden, arbeiten. Wir haben ein weltweites **Adressbuch von Gruppen**, die auf diesem Feld aktiv sind, entwickelt.

PLÄNE FÜR DIE ZUKUNFT

Der Hauptcharakterzug von IPBs zukünftiger Arbeit wird es sein, die Partnerschaften mit Schlüsselgruppen in verschiedenen Ländern, die das Programm unterstützen, aufzubauen. Wir hoffen sehr, gute Beziehungen mit Gruppen, die in Asien, Osteuropa und Lateinamerika an Ausgabeprioritäten arbeiten, aufzubauen. Wir hoffen, eine Reihe von

Übersetzungen unserer Materialien zu produzieren und weitere internationale Verteilung zu sichern. Workshops, Seminare, und Konferenzen werden je nach Bedürfnis und zugänglichen Ressourcen organisiert werden. Zentral in diesen Diskussionen und Debatten wird es sein, nach Wegen Ausschau zu halten, wirksame Kampagnenstrategien zu schaffen und die Arbeit über eine lange Zeit aufrecht zu erhalten.

7 WEBSEITEN

A. MILITÄR- UND SOZIALAUSGABEN

International:

Bank Track
www.banktrack.org

Control Arms
www.controlarms.org

Economists for Peace and Security (ex-ECAAR)
www.epsusa.org

Fatal Transactions
www.fataltransactions.org

Disarmament to Combat Poverty campaign:
www.france-fdh.org/campagnes/disarmament/disarmament-to-combatpoverty.htm

Geneva Centre for the Democratic Control of the Armed Forces
www.dcaf.ch

Global Priorities.org
www.Globalpriorities.org

Global Security.org
www.Globalsecurity.org

INES, International Network of Engineers and Scientists for Global
Responsability
www.inesglobal.com

INESAP
www.inesap.org

International Action Network on Small Arms
www.iansa.org

International Alert
www.international-alert.org

International Peace Bureau
www.ipb.org

International Physicians for the Prevention of Nuclear War
www.ippnw.org

International Peace Research Association
www.ipraweb.org

Pax Christi International
www.paxchristi.net

Stockholm International Peace Research Institute
www.sipri.org

UN Development Programme
www.undp.org

UN Environment Programme
www.unep.org

UNESCO
www.unesco.org

UNICEF
www.unicef.org

UN Institute for Disarmament Research
www.unidir.org

War Resisters International
www.wri-irg.org/from-off.htm

Global Initiative Against War Profiteers:
<http://www.wri-irg.org/nonviolence/cawp.htm>

World Council of Churches
www.wcc-coe.org

+ Decade to Overcome Violence:
www.overcomingviolence.org

Women's International League for Peace and Freedom
www.wilpf.int.ch
www.reachingcriticalwill.org
www.reachingcriticalwill.org/corporate/corporateindex.html

Regional:

Educating Cities – Latin America
www.rosario.gov.ar/sitio/paginainicial

European Network Against Arms Trade
www.antenna.nl/enaat

NPI-Africa
www.npi-africa.org/

Belgien:

Netwerk Vlaanderen
www.netwerkvlaanderen.be/en

Groupe de Recherche et d'Information sur la Paix et la Sécurité
www.grip.be

Kanada:

Canadian Peace Alliance
www.acp-cpa.ca

Costa Rica:

Arias Foundation for Peace and Human Progress
www.arias.or.cr

Frankreich:

Centre pour la Recherche et d'Information pour le Développement
www.crid.asso.fr

Comité Catholique contre la Faim et pour le Développement
www.ccfid.asso.fr

Frères des Hommes
www.france-fdh.org

Mouvement de la paix
www.mvtpaix.org

Deutschland:

Bonn International Center for Conversion
www.bicc.de

Informationsstelle Militarisierung (IMI)
www.imi-online.de

Guatemala:

Grupo de Apoyo Mutuo, Guatemala
www.gam.org.gt

Japan:

Article 9 campaign, Japan
www.article-9.org/en

Südafrika:

Ceasefire
<http://www.ceasefire.org.za/>

Spanien:

Fundacio per la Pau, Catalunya
www.pangea.org/perlapau/fundacioperlapau/qui_som/index_eng.php

campaign against military research:

www.prouinvestigaciomilitar.org

Schweden:

Save the Children - Sweden
www.rb.se/eng

Swedish Peace and Arbitration Society
www.svenska-freds.se/english

Swedish Fellowship of Reconciliation
<http://www.swefor.org>

Grossbritannien:

Arms Reduction Coalition
www.arcuk.org

British American Security Information Council, BASIC
www.basicint.org

Campaign Against the Arms Trade
www.caat.org.uk

Campaign for Nuclear Disarmament
www.cnduk.org

Movement for the Abolition of War
www.abolishwar.org.uk

Oxford Research Group
www.oxfordresearchgroup.org.uk

Scientists for Global Responsibility
www.sgr.org.uk

USA:

Alliance for the Global Wellness Fund Treaty
www.globalwellnesstreaty.org

Arms Trade Resource Centre, World Policy Institute
www.worldpolicy.org/projects/arms

Borgen Project
www.borgenproject.org

Brookings Institute
www.brook.edu/FP/projects/nucwcost/weapons.htm

Centre for Defence Information
www.cdi.org

Centre for Arms Control and Non-Proliferation
www.armscontrolcenter.org/military

Federation of American Scientists
Arms Sales Monitoring Project
www.fas.org/asmp

Friends Committee on National Legislation
www.fcnl.org

Global Security.org
www.globalsecurity.org

National Priorities Project
<http://costofwar.com/numbers.html>

Peace Majority
www.peacemajority.org

Peace Action
www.peace-action.org

Western States Legal Foundation
www.wslfweb.org

Women's Action for New Directions
<http://www.wand.org>

World Policy Institute/Arms Trade Resource Center
<http://www.worldpolicy.org/projects/arms/>

B. KAMPAGNEN UND STRATEGIE

AVAAZ
<http://www.avaaz.org/en/about.php>

Amnesty International
campaign handbook
<http://web.amnesty.org/pages/campaigning-manual-eng> and
<http://www.amnesty.org/campaign/>

Campaign Strategy (Chris Rose)
www.campaignstrategy.org
explores ideas for structure & strategy applicable to most campaigns
see esp. the impressive collection of invaluable resources at:
<http://www.campaignstrategy.org/resources.html>

Cluster Munitions Coalition
<http://www.stopclustermunitions.org/dokumenti/dokument.asp?id=152>
and especially:
http://www.minesactioncanada.org/tool_kit/en/index.html

Frameworks Institute
www.frameworksinstitute.org/

Friends of the Earth
<http://www.foe.co.uk/campaigns/>

International Action Network on Small Arms
Information Kit on Women and Armed Violence
<http://www.iansa.org/documents/index.htm>

International Campaign to Ban Landmines
<http://www.icbl.org/tools>

International Freedom of Expression Exchange
Handbook for advocates
www.ifex.org

START
Study, Think, Act, Respond Together
<http://www.startguide.org/>

Stop Esso
<http://www.greenpeace.org.uk/climate/stop-esso>

The Yesmen (radical impersonators)
<http://www.theyesmen.org/>

Training for Change
<http://trainingforchange.org>

Wikileaks
a place for journalists, truth tellers and everybody else
<http://wikileaks.org>

8 PUBLIKATIONEN

A. MILITÄR- UND SOZIALAUSGABEN

Barrillot, Bruno – *Audit atomique*, CDRPC, Lyon, France, 1999.
<http://www.obsarm.org/main/recherche-cdrpc.htm>

Bennis, Phyllis and Leaverand, Erik, *The Iraq Quagmire: the Mounting Costs of War and the Case for Bringing Home the Troops*, Institute for Policy Studies, New York, 2005

Centre for Defence Information, *Security after 9/11: Strategy Choices and Budget Tradeoffs*, CDI, Washington DC, 2003

Centre for Defence Information, *Military Almanac*, CDI, Washington DC, 2001-2

Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces, *Parliamentary Oversight of the Security Sector*, DCAF, Geneva, 2003

Greider, William, *Fortress America*, Public Affairs, USA, 1998

Jolly, Richard, 'Military Spending and Development', in *Insights*, 2004,
www.id21.org

Klein, Lawrence, *World Peace and Economic Prosperity*, paper presented to the UN Symposium on Disarmament and Development, 2004

Langley, Chris, *Soldiers in the Laboratory: Military Involvement in Science and Technology – and some alternatives*, Scientists for Global Responsibility, UK, 2005

Makupula, C.N., 'Disarmament and Development: a South African Perspective', in *Disarmament Forum*, UNIDIR, 2003

National Peace Council, Sri Lanka, *Cost of War*, Colombo 1998

Palme Commission, *Common Security: A Programme for Disarmament*, Pan, 1982 (Ch. 4: Economic and Social Consequences of Military Spending)

Paukert, Lisa and Richards, Peter, eds., *Defence expenditure, industrial conversion and local employment*, International Labour Office, 1991

Mehta, Vijay, *Arms No More*, Arms Reduction Coalition, London, 2005

Roche, Douglas, *Bread not Bombs: A Political Agenda for Social Justice*, University of Alberta Press, 1999.

Sachs; Jeffrey, *The End of Poverty*, Penguin, 2005

Schwartz, Stephen, ed., *Atomic Audit: the Costs and Consequences of US Nuclear Weapons since 1940*, Brookings Institution, USA, 1998.

Sivard, Ruth Leger, *World Military and Social Expenditures*, (16 editions, from 1974-96), World Priorities Inc., Washington DC

Staples, Steven, *Breaking Rank – A Citizens' Review of Canadian Military Spending*, Polaris Institute, 2002

http://www.polarisinstitute.org/polaris_project/corp_security_state/publications_articles/breaking_rank.pdf

Stockholm International Peace Research Institute, *SIPRI Yearbook*, 2007 - and *Military Expenditures Database* at www.sipri.se

United Nations, *Human Development Report*, UNDP, 2007

UN LiREC, *Basic Guidelines for the Development of Defence White Books*, www.unlirec.org

World Council of Churches

World Military Expenditures: a compilation of data and facts related to military spending, education and health

http://overcomingviolence.org/fileadmin/dov/files/wcc_resources/dov_documents/MilitarySpendingReport.pdf

B. KAMPAGNEN UND STRATEGIE

Ashford, Mary-Wynne, with Dauncey, Guy, *Enough Blood Shed - 101 Solutions to Violence, Terror and War*, New Society Publishers; 2006

Hochschild, Adam, *Bury the Chains: Prophets and Rebels in the Fight to Free an Empire's Slaves*, 2005, Houghton Mifflin, USA.

Lattimer, Mark – *The Campaigning Handbook*, Directory of Social Change, London, 2000. <http://www.dsc.org.uk/acatalog/Volunteering.html>

Moyer, Bill with MacAllister, JoAnne, and Finley, Mary Lou and Soifer, Steve, *Doing Democracy: The MAP Model for Organizing Social Movements*. New Society Publishers, 2001

Rose, Chris, *How to Win Campaigns: 100 Steps to Success*, Earthscan Publications, 2005. <http://shop.earthscan.co.uk>

9 DAS INTERNATIONALE FRIEDENSBÜRO – ÜBER 100 JAHRE FRIEDEN SCHAFFEN

Das **Internationale Friedensbüro** widmet sich der Vision einer Welt ohne Krieg, und ist die älteste internationale Friedensföderation der Welt. IPB bringt Menschen zusammen, die in vielen verschiedenen Sektoren für Frieden arbeiten: nicht nur Friedensorganisationen, sondern auch Frauen, Jugend, Arbeitnehmer, religiöse und professionelle Körperschaften. Es bekam 1910 den Friedensnobelpreis und im Laufe der Jahre waren 13 Funktionsträger des IPB Empfänger des Friedensnobelpreises. IPBs Hauptaufgabe ist es, eine Verbindung zwischen den Mitgliedsorganisationen und individuellen Mitgliedern herzustellen, ein globales Netzwerk zu formen, das Expertise und Kampagnenerfahrung für eine gemeinsame Sache zusammenbringt. IPB verleiht jedes Jahr den **Sean-MacBride-Friedenspreis**.

Frühe Geschichte

IPB wurde 1891 gegründet, als ein Ergebnis des Dritten Allgemeinen Friedenskongresses in Rom. Der dänische Politiker Fredrik Bajer war sein erster Präsident und der Schweizer Elie Ducommun sein erster Generalsekretär. Unter seinen dynamischsten Anführern war die österreichische Baronin Bertha von Suttner. Das IPB-Büro war zuerst in Bern, und IPB wurde das Exekutivorgan der "Internationalen Union der Friedensgesellschaften". Sein Ziel war, *"die Aktivitäten verschiedener Friedensgesellschaften zu koordinieren und das Konzept der friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten zu fördern."* In seinen frühen Jahren schlossen sich alle nationale Friedensorganisationen dem IPB an und identifizierten sich mit seiner Ideologie und seinem Programm.

Wichtige Themen, auf die sich das Friedensbüro in seinen frühen Tagen konzentrierte, schlossen Fragen ein wie Prozeduren von Schiedsgerichten, bilaterale Friedensverträge, die Schaffung eines permanenten internationalen Gerichtshofes und die Schaffung einer Art von supranationalem Organ für Zusammenarbeit und die Lösung von Konflikten zwischen Nationen. Um diese Ideen zu fördern, organisierte das Büro einen jährlichen Friedenskongress, führte Friedenserziehungsprogramme ein, und machte Lobbyarbeit bei solchen Anlässen wie der **Haager Friedenskonferenz von 1899**. Es war auch der Kommunikationsort für verschiedene Individuen und Organisationen, die für Frieden arbeiteten, und verteilte Informationen durch seine 14-tägige Publikation *Correspondance bimensuelle* und durch sein Jahrbuch *Annuaire du mouvement pacifiste*. IPB war einflussreich darin, Friedensthemen zur Aufmerksamkeit von sowohl der Öffentlichkeit als auch von Politikern zu bringen, und es war erfolgreich damit, die Idee, aus der schliesslich der Völkerbund entstehen sollte, zu propagieren.

Die Weltkriege

Der erste Weltkrieg zerstörte die Arbeit des Büros und brachte die Internationale Union der Friedensgesellschaften zu einem Ende. Als der Krieg zuende war, war IPB nicht

fähig, dieselbe vorherrschende Position unter den verschiedenen Organisationen und Institutionen zu behalten. Ein regierungsübergreifendes Organ, das die Ideen von Schlichtung und Mediation propagierte, existierte jetzt, und es wurde nicht länger als notwendig angesehen, dass eine Nichtregierungsorganisation sich auf diese Fragen konzentrierte. Zusätzlich zeichnete sich in der internationalen Friedensbewegung ein diversifiziertes Muster von Ideologien, Interessen und Projekten ab, und es war nicht länger möglich oder wünschenswert, nur ein koordinierendes Organ zu haben. IPB entschied sich, seine Anstrengungen hauptsächlich darauf zu konzentrieren, die Ideen und Vorschläge der Friedensbewegung an die weiterzuerbreiten, die für Entscheidungen auf Regierungsebene oder regierungsübergreifender Ebene zuständig waren. Um engen Kontakt mit dem neuen Völkerbund und dem diplomatischen Zirkel aufrechtzuerhalten, zog das IPB-Sekretariat 1924 nach Genf, wo es seither residiert.

Während des Zweiten Weltkriegs kam die Arbeit des Internationalen Friedensbüros sowohl aus praktischen wie aus ideologischen Gründen zu einem Stillstand, und sein Vermögen kam zeitweise unter die Aufsicht der Schweizer Behörden. 1946 trafen sich einige seiner früheren Mitgliedsorganisationen, um das Büro und seine Arbeit wieder zu etablieren. Das Ergebnis war eine neue internationale Organisation, genannt International Liaison Committee of Organizations for Peace (ILCOP). Im Januar 1961, nach einigen Jahren des Verhandels, wurde diese neue Organisation als Rechtsnachfolgerin der alten internationalen Union der Friedensgesellschaften vom Schweizer Föderationsrat anerkannt. Das Vermögen des Büros wurde ILCOP übergeben und seine Bücherei den Vereinten Nationen in Genf. Kurz danach nahm ILCOP den Namen Internationales Friedensbüro an, den Namen, unter dem es heute bekannt ist.

IPB HEUTE

Während des kalten Krieges arbeitete IPB an Themen wie Abrüstung, Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und Frieden schaffen mit der UN. Die Mitglieder nahmen in den frühen 90er Jahren zu, IPB war aktiv im **Weltgerichtshof-Projekt**, das eine historische Entscheidung vom Internationalen Gerichtshof zu Atomwaffen sicherte. Im Mai 1999 spielte IPB eine zentrale Rolle bei der Organisation des **Kongresses Haager Friedensappell**, der zur **Globalen Kampagne für Friedenserziehung** führte (www.haguepeace.org). 2004 organisierte IPB eine grosse fünftägige internationale Friedenskonferenz als Teil des **Barcelona-Forums**, mit dem Titel *Einer Welt ohne Gewalt entgegen*. **Frauen als Friedensstifterinnen** war das Thema eines Zweijahresprogramms, das den 100sten Geburtstag des Friedensnobelpreises an Bertha von Suttner feierte.

2005 startete IPB ein grosses neues Programm **Nachhaltige Abrüstung – nachhaltige Entwicklung**, das die weitverbreitete öffentliche Sorge über den schnellen Anstieg der globalen Militärausgaben widerspiegelt und das zeigt, dass Waffen (wie Kleinwaffen, Streubomben, Landminen) nachhaltige Entwicklung ernstlich behindern. IPB befürwortet eine wesentliche Reduktion von Verteidigungsbudgets und die Akzeptanz eines Konzeptes der "menschlichen Sicherheit". Die Aktivitäten, die in Verfolgung dieses Ziels organisiert werden, schliessen Seminare, Publikationen, eine Webseite, einen Rundbrief, Ausstellungen u.a.m. ein. Nationale und internationale Netzwerke werden allmählich

entwickelt. Andere Themen schliessen nukleare Abrüstung, Konfliktprävention und Konfliktlösung, Friedensgeschichte und Friedenserziehung mit ein.

Mitgliedschaft

2007 ist das Netzwerk auf 282 Mitgliedsorganisationen angewachsen, was Gruppen in über 70 Ländern einschliesst. Heute steht die Mitgliedschaft offen für

- a) internationale Organisationen, die für Frieden und internationale Kooperation arbeiten
- b) nationale Friedensräte oder andere Föderationen, die die Friedensbewegung in ihren Ländern koordinieren
- c) nationale und lokale Organisationen, die direkt für Frieden und internationale Kooperation arbeiten

Beigeordnete Mitgliedschaft ist möglich für Organisationen und Individuen, die die Ziele des internationalen Friedensbüros unterstützen.

11 IPB VERÖFFENTLICHUNGSKATALOG

Warfare or Welfare?

*Disarmament for Development in the 21st Century – a
Human Security Perspective
Time to Abolish War! A Youth Agenda for Peace
and Justice*

Das erste in einer Reihe von Dokumenten, die Frieden und Armut verbinden. Die Absicht dieses neuen IPB-Programms ist es, die Idee von Abrüstung und Entwicklung (in der UN in den 80er Jahren viel debattiert) neu zu beleben, sie zu aktualisieren und sie in einen Kontext "menschlicher Sicherheit" zu setzen. Hauptthemen: **Militärausgaben, Wirkungen von Waffen auf Entwicklung, Militärbasen.**

By Colin Archer and David Hay-Edie, 100pp, 2005. (English) 20 CHF (Available also at www.ipb.org)

The Life of Bertha von Suttner and her Legacy for Women Peacemakers Today Education Conference

Broschüre über die erste Frau, die den Friedensnobelpreis bekommen hat, auch Vizepräsidentin des IPB. Einschliesslich einer Übersicht zur Arbeit heutiger Friedensfrauen. Publiziert in Zusammenarbeit mit der International Fellowship of Reconciliation.

(English) 36pp, 2005, 5CHF

From War to Peace

Untersucht, was wir von Erfolgen und Fehlschlägen bei Friedensabkommen über die vergangene Dekade hinweg gelernt haben, am Beispiel von 9 spezifischen Länderstudien zu Übergängen vom bewaffneten Konflikt zum Frieden. Es ist als praktisches Handbuch für Friedensunterhändler (seien es Regierungen oder nicht-staatliche Akteure) gedacht .

Written by Caroline Guinard, Nonviolence International.
(English) 186pp, 2004, 20 CHF

Peace Is Possible

30 kurze, populäre Berichte von erfolgreichem Friedensschaffen, geschrieben für die allgemeine Öffentlichkeit. Offene und persönliche Einblicke von führenden Friedensstiftern wie dem Dalai Lama, Nelson Mandela, Mikhail Gorbachov, Joseph Rotblat und Jody Williams, ansprechend für einen weiten Zirkel von Lesern, jung und alt.

Herausgegeben von dem früheren IPB-Vize-Präsidenten Fredrik Heffermehl. Jetzt **in 17 Sprachen!** (Englisch-Spanisch-Bangla-Norwegisch-Suomi-Srpohrvatska-Hindi-Urdu-Japanese und bald in 8 weiteren)

150pp, 20CHF, see www.peaceispossible.info

Elie Ducommun: 1833-1906

Artikel über den ersten Generalsekretär des IPB, Nobelpreis 1902. Enthält ein Kapitel über den gegenwärtigen IPB. (Grossenteils Französisch, ein Kapitel in Englisch)
300pp (illustrated), 20 CHF

International Women's Day for Peace and Disarmament – May 24

Jährliches Info-Paket über Frauenfriedensarbeit in der ganzen Welt. Die Ausgabe von 2007 konzentriert sich auf Probleme und Kämpfe sowie Erfolge von Mädchen und jungen Frauen in Afrika, dem Mittleren Osten, Asien und Europa.

Published by IPB and International Fellowship of Reconciliation. English, 30pp, 5 CHF

Time to Abolish War! A Youth Agenda for Peace and Justice

Eine sehr populäre Broschüre, die aus dem Jugendprogramm der Konferenz des Haager Appells für Frieden 1999 entstand. Zusammengestellt von Jo Tyler und Adam Berry, und veröffentlicht mit der Unterstützung der Europäischen Jugendstiftung. Deckt den ganzen Bereich der Kampagnen und Themen des Haager Appells ab und schliesst Kartoons, Gedichte, Aktionsideen, Kontaktlisten etc. mit ein. Ideales Werkzeug zur Friedenserziehung im Klassenzimmer oder mit Jugendgruppen.

(English) 50pp, 8 CHF

Report of the Geneva International Peace Education Conference

Auswahl verschiedener Präsentationen der viertägigen IPB-Konferenz, die Erwachsene und Jugendliche zusammenbrachte, um an der Förderung von Friedenserziehung zu arbeiten. Kapitel zu Geschichte, Theorie und Methoden der Friedenserziehung, genauso wie Beispiele von Friedenserziehung aus der ganzen Welt.

Edited by IPB historical consultant Verdiana Grossi. (English and French) 116 pp, 20 CHF

Tackling the Flow of Arms

Eine internationale Untersuchung von Initiativen gegen den Waffenhandel.

Ernst Gülcher, International Peace Information, Antwerp. (English) 179pp, 12 CHF

Chernobyl: Environmental, Health, and Human Rights Implications

Das Schweigen brechen und endlich die Wahrheit erzählen: die Aussagen von Experten, die Augenzeugen wurden, dokumentieren die Rolle der Internationalen Atomenergiebehörde in diesem humanitären Desaster und enthüllen klar die Wirkung von Atomenergie auf die Umwelt. Herausgegeben von der früheren IPB-Vize-Präsidentin Solange Fernex und veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen IPB, dem ständigen Volkstribunal, und der internationalen Medizinerkommission zu Tschernobyl.

(English, French editions) 230pp, 12 CHF

The Right to Refuse Military Orders

Untersucht die Anwendung der Nürnberger Prinzipien auf Situationen von Krieg und Unterdrückung, einschliesslich Vietnam, Rumänien und den besetzten Gebieten.

Themen: Widerstand gegen Atomwaffen, Militärdienst, Folter, Unterdrückung von Streiks. Soldaten, Anwälte und Aktivisten haben alle wertvolle Perspektiven beigetragen.

Edited by Merja Pentikäinen. (English) 112pp, 10 CHF

IPB News

Jetzt nur noch elektronisch erhältlich. Bitte nehmen Sie Kontakt zum Sekretariat auf.

IPB Annual Reports

Jahresberichte erhalten Sie über www.ipb.org.